

B. Die politische Organisierung der ungarischen Gesellschaft im Zeitalter des Dualismus

von

DÁNIEL SZABÓ

Die Ausbildung formaler Parteien war in Ungarn bis ins 20. Jahrhundert nicht sehr weit fortgeschritten. Die Formierung von Fraktionen geschah vielmehr anlaßbedingt: Jeweils bei der Eröffnung der Landtagssitzungen forderte der Leiter der Parlamentsdirektion die Fraktionen des Abgeordnetenhauses auf, die Namen und die Anzahl ihrer Mitglieder anzuzeigen, um ihnen im Sitzungssaal die Sitzplätze zuteilen zu können. Im Laufe der Zeit traten im Charakter der Parteien gewisse Änderungen auf und Kontinuität wurde zunehmend wichtiger. Zwar wurden die Parteien auch weiterhin bei der Eröffnung der Landtagssitzungen jeweils formal neu organisiert, sie setzten jedoch ihre Tätigkeit praktisch ohne Unterbrechung fort. Die Namen der Parteien, die meist mit „Landtags“- eingeleitet werden, weisen auf deren geschlossenen Charakter hin: Sie setzten sich in der Regel nur aus Abgeordneten zusammen.

Erst um die Jahrhundertwende gab es Ansätze, Teile der Bevölkerung unter der Leitung der Abgeordneten in die Parteien mit einzubeziehen. Als Beispiel dafür kann die klerikal ausgerichtete „Néppárt“ [Volkspartei] gelten. Diese entstand aus einer Initiative von Politikern, die bisher nicht im Abgeordnetenhaus vertreten gewesen waren (die aber im Oberhaus über einen starken Anhang verfügten), aus Protest gegen die liberale kirchenpolitische Gesetzgebung der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Ihr erstes Mandat errang die Partei kurz nach ihrer Gründung bei einer Nachwahl im Jahr 1895. In ihrer Anfangszeit zeigte sie ein starkes öffentliches Engagement, das auf die Politisierung breiter Bevölkerungsschichten abzielte. Nach ihrer Etablierungsphase gingen diese Bemühungen zurück; die Partei paßte sich den traditionellen Formen des Politisierens in Ungarn an.

Dennoch hinterließen diese ersten Initiativen zur Einbeziehung von Teilen der Bevölkerung in das politische Geschehen Spuren. Nachfolger fanden sich in jenen abtrünnigen Abgeordneten der Parteien, die auf der Basis eigener Organisationen Presseaufrufe lancierten und mit Briefen und Unterschriftenlisten jene Mitglieder der politischen Elite aufsuchten, die als unterstützende „Parteimitglieder“ geworben werden sollten¹⁾.

¹⁾ Vgl. Országos Széchényi Könyvtár [OSZK, Széchényi Nationalbibliothek] Budapest, Kézirattár [Handschriftensammlung], Nachlaß Apáthy, Fol. Hung. 1673 43.

Ihren Höhepunkt fand diese Entwicklung in der Gründung von Agrar- oder Bauernparteien zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Diese spielten zwar in der ungarischen Parlamentspolitik vor dem Ersten Weltkrieg eine unbedeutende Rolle, waren jedoch die ersten politischen Parteien, die zur Gänze von Initiatoren außerhalb des Abgeordnetenhauses organisiert wurden²⁾.

Das Organisationsprinzip der Parteien war stets eng an die – sich immer wieder wandelnde – Beziehung zur staatsrechtlichen Situation Ungarns gekoppelt. Als eine Art Präludium ist der Landtag von 1861 anzusehen. Seine Abgeordneten rekrutierten sich zum Großteil aus den politischen Aktivisten von 1848, die Separierung nach Fraktionen erfolgte entsprechend der Position der einzelnen Abgeordneten zum Monarchen (nämlich ob man Franz Josephs Thronbesteigung zwar nicht *de jure*, aber *de facto* anerkennen sollte oder nicht): davon hing die Frage ab, ob die Abgeordneten die als Antwort auf die Vorschläge des Herrschers formulierten Forderungen „der Nation“ in Form eines Beschlusses oder einer Adresse verabschieden sollten; demzufolge wurden die beiden Gruppierungen auch „Határozati Párt“ [Beschlußpartei] bzw. „Felirati Párt“ [Adreßpartei] genannt.

In der 1865 beginnenden Landtagsperiode wurde primär der Ausgleich bzw. dessen Annahme oder Ablehnung verhandelt. Dabei kristallisierten sich zwei Lager heraus, deren inoffizielle Bezeichnung ihre Stellung gegenüber dem Ausgleich bezeichnete: Das Lager der „Siebenundsechziger“ war für den Ausgleich, während die „Achtundvierziger“ die ausverhandelten Bedingungen ablehnten und in letzter Konsequenz die Selbständigkeit Ungarns forderten.

Die Frage nach der staatsrechtlichen Definition Ungarns prägte das ungarische parteipolitische Denken so stark, daß es unmöglich war, ohne staatsrechtliches Programm eine Partei zu gründen bzw. bei Wahlen erfolgreich zu sein. Als Beispiel kann die im Oktober 1883 gegründete „Országos Antiszemita Párt“ [Antisemitische Landespartei] gelten, die aus einer gemeinsamen Initiative von „Achtundvierzigern“ und „Siebenundsechzigern“ entstand, aufgrund des Mangels einer staatsrechtlichen Positionierung jedoch erfolglos war. Die bereits erwähnte katholische „Volkspartei“ war auf Basis staatsrechtlicher Neutralität gegründet worden, mußte jedoch später in dieser Frage Position beziehen, um politisch bestehen zu können. Um die Jahrhundertwende wurden mehrere Parteien auf ideologischer Grundlage gegründet, bei welchen nicht mehr die Stellung zum Ausgleich sondern die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht ausschlaggebend für die Anhänger war; doch auch diese Parteien konnten eine Positionierung zur Frage des Ausgleichs nicht völlig umgehen. Es ist noch nicht geklärt, ob die relative Erfolglosigkeit dieser Parteien in erster Linie auf diese Zurückhaltung in der staatsrechtlichen Frage, auf das wenig ausgebildete politische Bewußtsein in den politischen Zielgruppen oder auf deren politische Bedeutungslosigkeit aufgrund des herrschenden Wahlrechts zurückzuführen ist.

²⁾ ISTVÁN KIRÁLY, Nagyatádi Szabó István és pártja az első világháború előtt [István Nagyatádi Szabó und seine Partei vor dem Ersten Weltkrieg]; in: Dunántúli Tudományos Gyűjtemény 44 (1966).

Die maßgebliche politische Strömung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war in Ungarn der Liberalismus. Daneben vertraten einige Abgeordnete bis in die siebziger Jahre altkonservative Prinzipien; auch demokratische Tendenzen können ausgemacht werden. Ab den neunziger Jahren trat der Neokonservatismus als selbständige politische Kraft auf und die demokratischen Tendenzen gewannen etwas an Einfluß. Wegen der Eingeschränktheit des Wahlrechts waren jedoch auf breiter sozialer Basis organisierte Parteien wie etwa die Sozialisten im Parlament nicht vertreten; auch die Bauernparteien spielten, wie erwähnt, vor 1918 im Parlament nur eine marginale Rolle. Seit den neunziger Jahren waren in den staatsrechtlich-politischen Lagern, den „Achtundvierzigern“ und den „Siebenundsechzigern“, beide ideologischen Strömungen, eine konservative und eine liberale, anzutreffen.

Der Parlamentarismus als Form des Politisierens prägte die ganze Periode noch intensiver als der Liberalismus. Sowohl von demokratischer, als auch von altkonservativer Seite her traten Tendenzen auf, die die gegebene Form der Repräsentativdemokratie ablehnten oder ein anderes politisches System verwirklichen wollten. Diese konnten sich jedoch auf keine bedeutende Basis stützen, so daß diese Kräfte von der hegemonialen Tendenz der Repräsentativdemokratie absorbiert wurden.

Wie erwähnt, war das gesamte ungarische Parteiensystem von der staatsrechtlichen Frage geprägt. Solange das dualistische System fraglich und seine Demonstrierung möglich war, war der Beitritt zu einem der großen staatsrechtlich-politischen Lager unumgänglich. Erst die Anfang der siebziger Jahre erfolgende Konsolidierung des Systems ermöglichte eine Diversifizierung der Parteien in weltanschauliche Lager. Für diese Wende ist die Formierung der neuen Regierungspartei, der „Szabadelvű Párt“ [Liberale Partei], im Jahr 1875 charakteristisch. In ihr schlossen sich die Anhänger und Verteidiger des Ausgleichs, die ehemaligen Mitglieder der „Deák-Párt“ [Deák-Partei], mit den ausgleichskritischen Anhängern des „Balközép“ [Linkes Zentrum], die den gemeinsamen – k. u. k. – Institutionen ablehnend gegenüberstanden, zusammen. Die verschiedenen, den Ausgleich generell ablehnenden Gruppen der „Achtundvierziger“ waren nicht in der Lage, eine parteiübergreifende Organisation zu bilden und stellten so keine ernstzunehmende Opposition dar. Zeitweilig wurde von abtrünnigen Abgeordneten erwogen, innerhalb des „Siebenundsechziger“-Lagers eine regierungsfähige Opposition zu organisieren. Das barg jedoch die Gefahr einer „aussichtslosen“ (weil auf den entschiedenen Widerspruch des Herrschers stoßenden und daher „regierungsunfähigen“) Mehrheit der „Achtundvierziger“ in sich, die in eine politische Sackgasse geführt hätte. In der Regel endeten solche Auseinandersetzungen mit einem Kompromiß zwischen der internen Opposition innerhalb der „Siebenundsechziger“ und der Regierung, oder der Übertritt einzelner Abgeordneter stellte die Stabilität des politischen Systems wieder her. So können im ungarischen Parteiensystem drei Strömungen identifiziert werden: die Regierungslinie, die Opposition und schließlich die zwischen den beiden Polen lavierenden Fraktionen, die sich anlaßbedingt der einen oder der anderen Seite annäherten, ohne daß es jedoch zu einer „parlamentarischen Wechselwirtschaft“,

zum Wechsel der unterschiedlichen Parlamentsparteien in der Regierungsverantwortung, gekommen wäre³⁾. Folgerichtig charakterisiert Péter Hanák das politische System weniger als „parteilpolitische Wechselwirtschaft“ denn als „Personalwechselwirtschaft“, welche sich hauptsächlich innerhalb der lavierenden Fraktionen abspielte⁴⁾.

Bis etwa 1905 wurde Ungarn in einem in sich relativ stabilen Mehrparteiensystem von einer einzigen Partei regiert. Eine maßgebliche Rolle spielten dabei die orthodox-liberalen Anhänger des Ausgleichs: bis 1875 die „Deák-Partei“, danach die „Liberale Partei“. Der jeweiligen Regierungspartei stand wenigstens eine ausgleichskritische Oppositionspartei – die „48-as párt“ [48er Partei], die „Függetlenségi Párt“ [Unabhängigkeitspartei] oder die „Függetlenségi és 48-as Párt“ [Unabhängigkeits- und 48er Partei] – gegenüber. Ab 1875 stabilisierte sich eine konservative Mittelpartei, deren ständig wechselnder Name auch auf den Wandel ihrer ideologischen Ausrichtung verweist: „Jobboldali Ellenzék“ [Opposition der Rechten], „Egyesült Ellenzék“ [Vereinigte Opposition], „Mésékelt Ellenzék“ [Gemäßigte Opposition], „Nemzeti Párt“ [Nationalpartei]. Bei dieser Partei zeigt sich deutlich, daß im dualistischen Ungarn keine Oppositionspartei ohne irgendeine staatsrechtliche Positionierung bestehen konnte; nicht umsonst wurde sie auch Habarékpárt [Mischmaschpartei] genannt. Die bereits erwähnten neokonservativen Parteien konstituierten sich in den achtziger und neunziger Jahren.

Das Jahr 1905 brachte das Ende des bislang bestehenden Mehrparteiensystems. Mit Ausnahme der Sozialisten und der nationalen Parteien vereinigten sich alle Oppositionsparteien zur sogenannten „Koalition“, was quasi zur Bildung eines Zweiparteiensystems führte. Bei den Wahlen von 1906 trat dann faktisch nur mehr eine Partei an; die an der „Koalition“ teilnehmenden Parteien führten keine eigenen Wahlkämpfe, die „Liberale Partei“ hatte sich aufgelöst. Allerdings war der „Koalition“ keine lange Regierungsdauer beschieden. Im politischen Alltag verschärfen sich die Gegensätze, und sie löste sich auf. Das Jahr 1910 brachte wieder eine Mehrparteienregierung unter Führung der „Nemzeti Munkapárt“ [Partei der Nationalen Arbeit], der Nachfolgerin der „Liberalen Partei“, der eine zerrissene Opposition gegenüberstand⁵⁾.

Der Zusammenhalt des Mehrparteiensystems wurde sowohl durch die jeweils aktuelle politische Lage als auch den Lauf der Zeit mehrfach auf die Probe gestellt. Besonders zwischen den Wahlen kam es immer wieder zu parteiinternen Spaltungen, interne oppositionelle Gruppierungen formierten sich. Während der Wahlen hingegen können ein stärkerer innerer Zusammenhalt sowie Wiedervereinigungstendenzen konstatiert werden.

³⁾ ADALBERT TOTH, Parteien und Reichstagswahlen in Ungarn 1848–1892 (=Südosteuropäische Arbeiten 70, München 1973) 383.

⁴⁾ PÉTER HANÁK, FERENC MUCSI (Hgg.), Magyarország története 1890–1918 [Geschichte Ungarns 1890–1918], 2 Bde. (=Magyarország története VII/1 und 2, Budapest 1983), hier I 167.

⁵⁾ Vgl. ADALBERT TOTH, Ungarn; in: FRANK WENDE (Hg.), Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa (Stuttgart 1981) 731–773.

Diese begrenzte politische Diversität beschränkt sich auf das Abgeordnetenhaus; für die einzelnen Wahlbezirke ist hingegen die politische Homogenität charakteristisch. Selten traten in den Wahlbezirken mehr als drei Kandidaten an, und obwohl vom Wahlsystem zwei Wahlgänge, die eine absolute Mehrheit bringen sollten, vorgesehen waren, mußte der zweite Wahlgang oft nicht abgehalten werden.

Die Untersuchung der letzten fünf, zwischen 1896 und 1910 abgehaltenen Wahlen zeigt folgendes Bild:

Tabelle 39: PARTEIEN UND KANDIDATEN BEI DEN WAHLEN ZUM UNGARISCHEN REICHSTAG 1896–1910

	1896	1901	1905	1906	1910
Durchschnittliche Kandidatenzahl in einem Wahlbezirk	1,8	1,9	2	1,7	2,1
Zahl der Stichwahlen	9	23	14	13	21
Zahl der Parteien ^{a)}	8	10	11	11	20
Zahl der Parteien, die mindestens 10 % der Kandidaten stellten	3	2	2	3	3
Bezirke mit einem Kandidaten	127	110	100	188	75
Bezirke mit zwei Kandidaten	252	229	239	176	254
Bezirke mit drei Kandidaten	31	63	64	43	71
Bezirke mit vier Kandidaten	3	9	8	3	10
Bezirke mit fünf Kandidaten	0	1	1	3	3
Bezirke mit sechs Kandidaten	0	1	1	0	0
Parteien, die Mandate erzielten	7	8	9	9	12
Parteien, die mehr als 10 % der Mandate erzielten	2	2	2	2	2

a) Die Nationalitätenparteien werden als eine Einheit betrachtet

Quelle: eigene Berechnungen

Die Anwendung des Parteibegriffs auf die politischen Fraktionen ist auch um die Jahrhundertwende nicht nur in Bezug auf die organisatorischen Strukturen problematisch. Entsprechend dem liberalen Repräsentationssystem votierten die Wähler nicht für eine Partei, sondern für einen bestimmten Politiker. Darauf weisen Bezeichnungen wie etwa „Parteibüro von Baron Wesselényi“ oder „Exekutivkomitee der Demokratisch-Vázsonyipartei“ hin. Welcher Partei sich ein Mandatar zugehörig erklärte, lag hauptsächlich in seinem Ermessen. Obwohl die Parteibindungen der Politiker für die Wähler immer wichtiger wurden, verlor deren Persönlichkeit nicht in demselben Maß an Bedeutung. Lavierte ein Politiker zwischen den Parteien, vollzog teilweise der ganze Wahlbezirk diesen politischen Wechsel mit. Dabei bleibt offen, ob der Wahlbezirk dem Willen des Politikers folgte, oder dieser durch einen Richtungswechsel auf politische Umschwünge in den Bezirken reagierte.

Dennoch waren die Parteien aus dem politischen Leben Ungarns für die Politiker rasch nicht mehr wegzudenken: „Das verfassungsmäßige Leben ist ohne Parteien nicht vorstellbar“, formulierte man 1861, denn „... sicher kann kein Landtag ohne Parteien existieren, gerade hier müssen die Parteien als solche am entschlossensten, mit unmißverständlicher Exaktheit bzw. diszipliniert auftreten und miteinander für das immer gemeinsame heilige Ziel – das Erkämpfen und die Beförderung des Glückes des gemeinsamen Vaterlandes – mit den mannhaften Waffen der Vernunft und Argumenten kämpfen.“ Gleichzeitig war man jedoch darauf bedacht, Distanz gegenüber der Partei zu wahren: „Wie bekannt, kann keine Partei ohne Disziplin bestehen. – Die Mehrheit entscheidet in den Präliminarien der Partei, wenn du Mitglied bleiben willst, mußt du deine Meinung unterordnen.“⁶⁾ Die Angst vor der Begrenzung der freien Meinungsbildung, vor einer durch die organisatorischen Strukturen begünstigten Machtübernahme von Minderheiten, spiegelt sich hier. Derselbe Gedanke kann den am 10. Dezember 1865 verfaßten Tagebuchnotizen von Károly Szász, Dichter, Übersetzer, Abgeordneter der „Deák-Partei“ und später reformierter Bischof, entnommen werden: „Wo es eine verfassungsmäßige Aktion gibt, müssen auch Parteien tätig sein, Parteien werden auch bei uns funktionieren ... Und wenn Parteien vorhanden sind, und wenn diese Parteien nicht nur leere Hüllen sein, sondern für ihre Überzeugung auch kämpfen wollen, muß jede Partei einen eigenen Klub besitzen, um sich besser organisieren zu können, um Diskussionen zu führen, Aspekte und Verhalten in Beratungen festzustellen und, wenn nötig, um vor der Schlacht Losungen und Kommandoworte zu erhalten.“⁷⁾ Szász weist darauf hin, daß Deák zu dieser Zeit nicht gewillt war, für seine „Parteimitglieder“ einen eigenen Klub zu eröffnen; vielmehr wollte er für die Abgeordneten ein allgemeines Kasino errichten. Welche Rolle der Gedanke einer allgemeinen Vertretung des Landes, der Nation, bei diesem Vorhaben spielte und inwiefern praktische Aspekte – nämlich eine Effizienzsteigerung des Landtages durch ein Zusammenführen der Abgeordneten – relevant waren, ist nicht mehr feststellbar. Darüber hinaus darf im Jahr 1861 die Angst der Führer der „Deák-Partei“ vor einer Organisation der Konkurrenz, vor allem der Altkonservativen, nicht unterschätzt werden⁸⁾.

Für die Politiker war das englische Beispiel bestimmend; hier erfolge – so meinten sie – die Organisation der Parteien auf der Grundlage allgemeiner Prinzipien, wodurch die Abgeordneten ihre Unabhängigkeit bewahren konnten. „Deshalb hängt dort das Leben der Regierung vom Parlament ab und nicht umgekehrt, und deshalb wird das wahre Gemeingefühl von jeder Regierung respek-

⁶⁾ Z.A., Egyén és párt [Individuum und Partei]; in: *Pesti Napló* vom 21. Juni 1861, 1.

⁷⁾ [KÁROLY SZÁSZ], Egy képviselő napló-jegyzetei az 1865 december 10-kén megnyílt országgyűlés alatt [Tagebuchnotizen eines Abgeordneten. Während des am 10. Dezember 1865 eröffneten Landtages], 2 Bde. (Pest 1866), hier I 5 f.

⁸⁾ GYÖRGY SZABAD, Forradalom és kiegyezés választóján 1860–1861 [Auf dem Scheideweg zwischen Revolution und Ausgleich 1860–1861] (Budapest 1967) 447, 456.

tiert.“⁹⁾ Es war der englische Parlamentarismus, der den ungarischen liberalen Politikern als Vorbild diente¹⁰⁾.

Zwar wurde die Existenz von Parteien in Ungarn nicht generell in Frage gestellt; trotzdem wurde jedoch die Bedeutung einer selbständigen Meinungsbildung der Abgeordneten von den Politikern vehement betont: „Meine Überzeugung bezüglich des Fortkommens des Vaterlandes werde ich keiner Partei aus Gründen einer starren Parteidisziplin unterwerfen, denn man muß eher dem Vaterland, unserer Mutter, als irgendeiner Partei gehorchen.“ Ein anderer stieß in das gleiche Horn: „Hiemit erkläre ich im allgemeinen, daß ich mich als unabhängiger Mensch in den Dienst keiner Regierung stellen werde, sondern meine freie Überzeugung auf staatsrechtlicher Grundlage in allen Fragen selbständig durchsetzen werde und nur die Argumente und nie den persönlichen Einfluß respektieren werde.“¹¹⁾

Auf die Problematik eines Parteiwechsels eines Politikers in bezug auf seinen Wahlbezirk wurde bereits hingewiesen. Schloß sich ein Abgeordneter einer anderen Partei an, tat er diesen Umstand den Wählern seines Wahlbezirks in der Regel auf einer Großversammlung und/oder durch Flugschriften kund. In einigen Fällen verzichtete er auf sein Mandat, um sich umgehend als Vertreter einer anderen Partei erneut wählen zu lassen. Vielfach war die Vorstellung vom gebundenen Mandat noch aktuell, nach welchem der Abgeordnete verpflichtet war, nur den Willen seiner Wähler zu kommunizieren; und die Durchführung dieser Verpflichtung wurde von den Wählern auch laufend kontrolliert. Bei dieser Praxis spielten nicht nur Reminiszenzen an die Zeit vor 1848, sondern eine vom Repräsentativsystem abweichende, als „aktivistisch“ oder „demokratisch“ zu bezeichnende Auffassung der Politik eine Rolle. Recht und Pflicht des ständig politisierenden Publikums ist nach dieser Auffassung die Lenkung ihres „Bevollmächtigten“. Diese Vorstellung von Politik findet sich in den unterschiedlichsten politischen Gremien in Ungarn¹²⁾.

Der Gegensatz zwischen der Unabhängigkeit der Abgeordneten und der Partei ist nur eine Spielart des ungarischen Diskurses, der die Existenzberechtigung von Parteien laufend hinterfragte. Ein anderer Aspekt – nämlich die Frage,

⁹⁾ OSZK, Kleindrucksammlung, Wahlaufuf von Ferenc Beniczky, 1878. Demgegenüber betonen moderne Analysen, daß die Regierung als unabhängige und die Regierungspartei als abhängige Variable zu betrachten ist, GARY W. COX, *The Efficient Secret. The Cabinet and the Development of Political Parties in Victorian England* (Cambridge – London – New York – New Rochelle – Melbourne – Sidney 1987).

¹⁰⁾ TIBOR HAJDU, *Ideas and the Reality: The Attempt to Introduce British Parliamentarism in Hungary*; in: *Études historiques Hongroises* (Budapest 1985) 385–401.

¹¹⁾ Vgl. Wahlflugblätter, OSZK, Kleindrucksammlung.

¹²⁾ Noch 1903 ließen die Wähler von Székelykeresztúr ihren regierungsfreundlichen Abgeordneten anläßlich der Mitteilung bestimmter politischer Forderungen wissen: „Um auch den geringsten Anschein des Mißtrauens, aber auch die Wiedererneuerung des gebundenen Mandates zu vermeiden, wird in vertraulicher Form eines Briefes bekannt gegeben ...“ *Pesti Napló* vom 31. Juli 1903 2.

für wen die Abgeordneten im Unterhaus saßen – hängt mit den spezifischen Prinzipien des ungarischen Liberalismus zusammen: Die Abgeordneten galten bis zur Jahrhundertwende primär als Mandatare des Landes, der Nation, jedoch nicht als Vertreter einzelner Interessensgruppierungen in der Gesellschaft.

Am deutlichsten wird dieses Problem in Bezug auf die Nationalitätenfrage, d. h. die Definition der Beziehung zwischen den Ungarn (=Magyaren) und den anderen auf dem ungarischen Staatsgebiet lebenden Nationen. Der ungarische Liberalismus ist gekennzeichnet durch eine Vermischung der französischen und der deutschen Nationsauffassung: Aus der französischen Vorstellung übernimmt die „große“ liberale Generation die individuellen Rechte und die Gleichheit aller ungarischen Staatsbürger; spezielle Rechte von Minderheiten bleiben aus diesem Konzept ausgeklammert. Die Nation erscheint als Gesellschaft, nicht als Gemeinschaft. Die deutsche Auffassung, die die Nation als organische Gemeinschaft definiert, scheint im ungarischen Liberalismus in zweifacher Weise auf: Einerseits in der Form von Forderungen nach Minderheitenrechten (territoriale Autonomie etc.) seitens der Nationalitäten, andererseits im Identitätsbewußtsein der Magyaren, das die Anerkennung der Rechte anderer Gemeinschaften erzwingt. Diese Haltung spiegeln sich auch in einem Brief von Mór Jókai – Romanschriftsteller und Abgeordneter des „Linken Zentrums“, später der „Liberalen Partei“ – an Simon Papp – einen rumänischen Politiker – aus dem Jänner 1869. Er kritisiert das Verhalten jener nicht-magyarischen Abgeordneten heftig, die sich als Mandatare der Nationalitäten und nicht des ganzen Landes verstehen, im Gegensatz zu Simon Papp und ähnlichen Abgeordneten, die „sich als Abgeordnete keiner gesonderten Rasse, sondern des ganzen Landes ansehen“¹³).

1. Die Landtagspartei

Wie bereits erwähnt, ist in Ungarn lange Zeit hindurch die Landtagsfraktion deckungsgleich mit der Partei. Ihre personelle Zusammensetzung wurde oft erst bei der Eröffnung der Parlamentssessionen deutlich. Viele Abgeordnete deklarierten sich während der Wahlkampagnen nicht als Angehörige einer bestimmten Partei, sondern als Anhänger einer politischen Richtung.

Die Fraktion war die Grundeinheit der politischen Organisation und oft Vorbild lokaler Organisationen. Die Landtagspartei unterhielt einen Parteiklub, wo die gewählten Abgeordneten vollberechtigte Mitglieder waren. Diese Parteiklubs erfüllten eine doppelte Aufgabe, nämlich die Wahrnehmung sowohl politischer als auch gesellschaftlicher Funktionen. Ein Zeitgenosse beschrieb etwa 1882 die Regierungspartei als Mittelding zwischen einem Klub und einer Fraktion¹⁴). Zur Erfüllung von politischen Funktionen waren im allgemeinen nur die Abgeordneten oder diejenigen Mitglieder des Magnatenhauses berechtigt, die

¹³) MÓR JÓKAI, Levelezése 1860–1875 [Briefwechsel 1860–1875] (Budapest 1975) 668 f.

¹⁴) GYÖRGY SZATHMÁRY, A szabadelvű kör [Der liberale Verein]; in: *Fővárosi Lapok* vom 18. März 1882, 406 f.

Angehörige der Regierungspartei waren. An den gesellschaftlichen Funktionen hingegen konnten auch sogenannte „externe Mitglieder“ beteiligt sein. Der Begriff des „externen Mitglieds“ wandelte sich mit der Zeit. Hatte der zur Regierungspartei gehörige Verein ursprünglich nur gewählte Abgeordnete aufgenommen, wurde die Mitgliedschaft nach der Wahl von 1869, die das Ausscheiden mehrerer bedeutender Politiker aus dem Parlament nach sich zog, auch auf ehemalige Mandatäre ausgeweitet. Später konnte jeder Parteianhänger eintreten, sofern er von zwei Mitgliedern vorgeschlagen wurde und gegen seine Person kein Einwand bestand. Dennoch rekrutierte sich zumindest die Hälfte der Vereinsmitglieder stets aus Abgeordneten. Jedes Mitglied konnte in den Vorstand des Klubs gewählt werden; politische Fragen wurden jedoch ausschließlich von Abgeordneten debattiert. Für alle anderen war der Klub ein Ort der gesellschaftlichen Unterhaltung, der politischen Diskussion und eine Gelegenheit, sich auf eine Karriere als aktiver Politiker vorzubereiten¹⁵). So erklärt sich auch seine informelle Bezeichnung „politische Schule“.

Die offiziellen Parteipositionen zu bestimmten politischen Fragen oder Gesetzesvorlagen waren ein Kompromiß der verschiedenen parteiinternen Flügel. Anfangs konstituierten sich ad hoc Kommissionen, die Wahlprogramme formulierten und Wahlkämpfe organisierten oder koordinierten. Diese spontanen Zusammenschlüsse wurden von fixeren Strukturen abgelöst. So unterhielt etwa die „Liberale Partei“ um die Jahrhundertwende drei ständige Kommissionen: eine Kandidaturkommission, die sich mit den innerparteilichen Wahlen und den im Abgeordnetenhaus vorgenommenen Amtsträger- und Ausschußwahlen befaßte, ein Exekutivkomitee, das für die Organisation und Durchführung der Abgeordnetenwahlen verantwortlich war, und ein Zeitungskomitee, das sich mit den die „Prinzipien der Partei“ vertretenden Presseerzeugnissen beschäftigte¹⁶).

Die Qualität des gesellschaftlichen Lebens der Parteiklubs (Zeitungslesen, Billard-, Kartenspiel etc.) war für viele Abgeordnete ein wesentlicher Faktor bei der Entscheidung, welcher Partei sie beitreten sollten. So galt die „Liberale Partei“ als „der wertvollste Männerklub des Landes. Der Ton unter den Abgeordneten war freundlich, der der Kastendemokratie“¹⁷). Das gesellschaftliche Leben der Klubs bildete die oft innerhalb der Parteien entstandenen Gruppierungen ab.

¹⁵) Dieses gesellschaftlich-politische Leben wurde im Land für sehr wesentlich gehalten. Noch 1918 formulierte einer der Führer der „Achtundvierziger“, István Zlinszky, auf dem Briefpapier seiner Partei folgendermaßen: „... wir unterhalten keinen gesonderten politischen Verein, bloß einen Klub, wo die Abgeordneten und die der politischen Partei Angehörenden zusammen sind.“ OSZK, Kézirattár [Handschriftensammlung], Nachlass Apáthy 242.

¹⁶) Az ORSZÁGOS SZABADELVŰ PÁRTKÖR alapszabályainak és házszabályainak tervezete. Kézirat az Országos Szabadelvű Pártkörrendes tagjainak kizárólagos használatára [Entwurf der Statuten und Hausordnung des Liberalen Landes-Parteivereins. Manuskript zur ausschließlichen Benutzung durch die ordentlichen Mitglieder des Liberalen Landes-Parteivereins] (Budapest 1900).

¹⁷) FERENC HERCEG, A Gótikus ház. Emlékezései [Das gotische Haus. Erinnerungen] (Budapest 1985) 305.

Auf die Bedeutung dieses gesellschaftlichen Lebens verweist auch der Umstand, daß bei kleineren Parteien der ganze Klub, bei den größeren die einzelnen politischen Gruppierungen regelmäßig gemeinsam zu Mittag oder zu Abend aßen, sich also nicht nur im politischen, sondern auch im gesellschaftlichen Leben absonderten.

Der Führer der Partei und der des Klubs war im allgemeinen identisch. Eine Ausnahme bildete in dieser Hinsicht die Regierungspartei, wo es einen Parteivorsitzenden (der gleichzeitig der Vorstand des Klubs war) und einen Parteiführer in der Person des Ministerpräsidenten gab. Bei den anderen Parteien wurden diese beiden Funktionen dann aufgeteilt, wenn der Parteiführer, unter dessen Namen die Partei häufig besser bekannt war als mit ihrer offiziellen Bezeichnung¹⁸⁾, nicht ins Abgeordnetenhaus gewählt wurde.

Aufgrund des für Ungarn charakteristischen Patronagesystems spielten die Parteiführer der Regierungsparteien eine ungleich wichtigere Rolle als jene der Oppositionsparteien, denn diese konnte den „treuen“ Parteimitgliedern Abgeordnetenmandate, Obergespanschaften oder andere gut bezahlte Positionen anbieten. Die Aufgaben eines Parteiführers werden folgendermaßen beschrieben: „Er hält Rapport mit den halboffiziellen Würdenträgern und den Leuten der Presse, informiert sie über die Ereignisse des Tages. Seine Aufmerksamkeit muß sich auf alles erstrecken, sowohl auf materielle als auch auf persönliche Motive. Danach erfolgen die politischen Diskussionen mit den führenden Persönlichkeiten der Partei, es werden die Angelegenheiten der Wahlbezirke und Komitate behandelt. Von den politischen Intrigen der kleinstädtischen Beratschlagungen bis zu den wichtigsten und peinlichsten Fragen der interparteilichen Lage, der Parteiführer muß sich für alles interessieren und sich mit allem beschäftigen.“¹⁹⁾

In der Presse wurde regelmäßig über die Tätigkeiten der Parteiklubs berichtet, wodurch diese einem breiten Publikum bekannt wurden. Das Exekutivkomitee des Parteiklubs, das anlässlich der Wahlen die Kandidaten der Partei nominierte, sorgte für die Verbreitung dieser Entscheidung auch über Wahlplakate. Diese sollten die Wähler zur Unterstützung der aufgebotenen Kandidaten motivieren. Die Plakate wurden vor allem dann vom Parteivorsitzenden und/oder Parteiführer unterzeichnet, wenn in einem Wahlbezirk zweifelhaft war, welcher Kandidat von der Partei unterstützt wurde.

¹⁸⁾ Das gilt nicht nur für die erste Regierungspartei, die „Deák-Partei“, sondern auch für die 1875 unter dem Namen „Opposition der Rechten“ organisierte Gruppe der Konservativen, die nach Pál Sennyey oft Sennyeipartei genannt wurde, oder um die spätere „Vereinigte“ bzw. „Gemäßigte Opposition“ bzw. die „Nationalpartei“, die von Graf Albert Apponyi den Namen Apponyipartei erhielt, für die „Verfassungspartei“, die unter der Führung von Graf Gyula Andrássy dem Jüngeren organisiert wurde und von den Zeitgenossen Andrássypartei genannt wurde. Bei einer 1909 erfolgten Parteispaltung der Unabhängigkeitstendenz nannten sich die beiden Gruppierungen aufgrund des Namens der Führer Justh-(Gyula Justh) bzw. Kossuth-(Ferenc Kossuth)partei. Im letzteren Fall wurde selbstverständlich verschwiegen, daß der Name auf Ferenc Kossuth und nicht auf seinen Vater, Lajos Kossuth, hinweist.

¹⁹⁾ *Magyar Szalon* vom 25. April 1900.

Die Fraktion bzw. der Parteiverein funktionierte, wenn auch nicht formal, praktisch auch als Parteizentrale, an die sich die regionale Parteiorganisationen oder lokale Unterstützer einzelner Parteien mit ihren politischen Problemen wandten. So forderten diese etwa in einem Brief vom 5. Mai 1872 aus Fogarasch [Fogaras, Făgăraș] den Deák'schen Zentralverein auf, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, damit sich die Grenzen der Wahlbezirke nicht in einer für die Partei ungünstigen Weise veränderten²⁰⁾.

2. Die Landespartei

Bis zur Mitte der siebziger Jahre fungierten nicht nur die Fraktion oder der Parteiklub als zentrale Organisation. Vor einer Wahl oder anlässlich einer für die Partei wichtigen Angelegenheit konnte der Kreis der „Landtagspartei“ zu einer sogenannten Landeskonzferenz erweitert werden. Diese politische Organisationsform nutzte insbesondere die ausgleichsfeindliche Opposition; und das nicht nur aus praktischen Gründen. Die Regierungspartei war auf landesweite Zusammenkünfte weniger angewiesen, verfügte sie doch über den Apparat der Staatsverwaltung, insbesondere die Obergespanne, um ihre Intentionen auch in den Komitaten durchzusetzen²¹⁾. Dazu hatte die Opposition keine Möglichkeit. Um die Tätigkeit ihrer Anhänger in den Komitaten zu koordinieren, bediente sie sich der Landeskonzferenz.

Die Konferenzen der Landespartei sind jedoch noch unter einem weiteren Aspekt zu betrachten. In den Anfangsjahren der dualistischen Periode herrschte im oppositionellen Lager eine andere Auffassung von Politik als in der Regierungspartei, eine Auffassung, die als Aktivismus bezeichnet werden kann. Dieses Konzept baute auf dauerhafte Organisationen und eine breite Basis in der Bevölkerung, wodurch der öffentlichen Meinung ein größeres Gewicht zukam²²⁾.

²⁰⁾ Im gegenständlichen Brief treten die Ambivalenzen des Systems in mehrerer Hinsicht zutage: 1. Adressat ist der Deák'sche Zentralverein, die Bittschrift ist jedoch im Archivmaterial des Innenministeriums erhalten geblieben. Es gibt also eine eindeutige Verflechtung zwischen der „Partei“ und der Staatsverwaltung. 2. Der Brief trägt die Unterschriften der in der königlichen Freistadt Fogarasch am 5. Mai 1872 zur Abgeordnetenwahl versammelten Wahlberechtigten. Gleichzeitig wurde er auch vom lokalen Vorsitzenden des Deákvereins, Jakab Lázár, unterschrieben; ein Kennzeichen für die Vermischung eines engen Parteibegriffs und dem Begriff der Partei-sympathisanten. 3. Als Adressat des Schreibens fungiert der „rechtsorientierte Verein von Fogarasch“, woraus man sieht, daß der Namensgebrauch auch auf lokaler Ebene nicht konsequent ist. Magyar Országos Levéltár [MOL, Ungarisches Staatsarchiv] Budapest, K-150. 1872-II-10-10945.

²¹⁾ Siehe z. B. das 1872 entstandene Rundschreiben des Innenministers Vilmos Tóth an die Obergespanne, wo er sie auffordert, alles aufzubieten, damit die Wahlen mit einer Stärkung der Regierungspartei enden. Sie sollen in diese Arbeit die im Komitat „vielleicht existierenden“ Deákvereine einbeziehen und das Rundschreiben selbstverständlich als ein nur an sie gerichtetes vertrauliches Schriftstück betrachten. MOL K-150. 1872-II-10-6074.

²²⁾ Vgl. ANDRÁS GERGELY, JÁNOS VELIKY, A politikai közvélemény fogalma Magyarországon a XIX. század közepén [Der Begriff der politischen Öffentlichkeit in Ungarn in der Mitte des 19. Jahrhunderts]; in: Magyar Történelmi Tanulmányok 7 (1974) 5–42.

Die Regierungspartei hingegen propagierte eine Trennung zwischen der politischen Sphäre des Staates und den Vereinen, deren Aktivitäten sich nicht in den öffentlichen Bereich ausdehnen sollten; oder, wie József Eötvös, einer der führenden Ideologen und Politiker dieses Lagers formulierte: „Das Recht, sich zur Erreichung bestimmter Zwecke mit Anderen zu verbinden, ist Bedingung und zugleich die notwendige Folge der individuellen Freiheit. Ohne die Möglichkeit, sich zu associieren, ist keine Freiheit denkbar; da nun aber jede Association – wenigstens in so fern, als durch dieselbe irgend ein Zweck erreicht werden soll – nur dadurch möglich wird, daß jene Bedingungen, unter welchen man sich zu einem gemeinsamen Zwecke verbunden hat, erfüllt werden, und der Staat selbst nur als eine Association zu bestimmten Zwecken zu betrachten ist, so ergibt sich von selbst, daß das Recht, politische Clubs zu bilden, d. h. zur Erreichung derselben Zwecke, welche man dem Staate gestellt, andere Verbindungen einzugehen und auf die Leitung der Angelegenheiten des Staates auf einem andern als dem durch die Verfassung bestimmten Wege Einfluß zu gewinnen, nicht nur nicht als Folgerung des Prinzipes der individuellen Freiheit zu betrachten sei, sondern vielmehr mit jenen Pflichten in directem Widerspruch stehe, ohne deren Erfüllung der Staat als freie Association seine Aufgabe niemals zu lösen vermag.“²³⁾

Landesparteien waren für die Landtagsparteien lange Zeit mehr eine Vision als Realität, und sie wurden regelmäßig nur zu Wahlen aktiviert. Die den Ausgleich am konsequentesten ablehnende Parteigruppe betonte ab 1869 immer wieder die Bedeutung von lokalen Organisationen für die politische Arbeit. 1870 formulierte sie in ihrem Programm: „Wir müssen Vereine bilden, in immer größerer Anzahl, sowohl in Städten als auch in Dörfern, unter irgendeinem Namen, den Bedingungen entsprechend. Es gibt kaum einen Ort, an dem man keinen solchen Verein bilden könnte. Die Aufgaben dieser Vereine wären neben der Förderung der örtlichen Interessen die allgemeine Bildung, das Aufrechterhalten der politischen allgemeinen Gesinnung, die Offenbarung des Willens der Nation zwischen den Landtagswahlen durch Resolutionen und Bittschriften. Wenn die-

²³⁾ JOZSEF EÖTVÖS, Der Einfluß der herrschenden Ideen des XIX. Jahrhunderts auf den Staat, 2 Bde. (Leipzig 1851 und 1854), hier II 355. Den im engeren Sinn „nichtpolitischen“ Vereinen maß er jedoch eine bedeutsame Rolle bei. Im Juli 1866 notierte er: „Die Vereinstätigkeit, die überall wichtig ist, weil sie eines der gewaltigsten Mittel der Entwicklung einzelner Interessen ist und weil sie die Munizipalselfverwaltung kompensieren kann, bei uns, wo diese Kompensation noch notwendiger, noch bedeutender ist ... Zur Vertretung der wichtigen Interessen in den einzelnen Komitaten und Städten Vereine gegründet werden, die Filialen eines in Pest residierenden Landesvereins sind, und der Landesverein mit diesen Munizipalvereinen in ständiger Verbindung bleibt und die Delegierten der Vereine sich ... jedes Jahr versammeln und ihre Interessen klären und die Führer des Landesvereins wählen, wenn so wenigstens die drei wichtigsten Interessen des Landes, das Erziehungswesen, die Landwirtschaft und die Industrie nicht gesetzlich, aber praktisch zentralisiert sind, werden all die Gefahren, die unserer Nationalität wegen der Gleichheit drohen, reichlich kompensiert.“ DERS., *Naplójegyzetek – Gondolatok 1864–1868* [Tagebuchnotizen – Gedanken 1864–1868] (Budapest 1941) 177 f.

se Resolutionen und Bittschriften – was nicht bezweifelt wird – die wahren Interessen des Vaterlandes ausdrücken, werden sie die patriotischen Bestrebungen der Parlamentsopposition wirksam unterstützen.“²⁴⁾ Bei der Landeskonzferenz der „Szélső Bal“ [Äußerste Linke] anlässlich der Wahlen von 1872 wurde eine „Organisationsskizze“ angenommen, die auf den lokalen Lesevereinen, den Wahlkreis- und Komitatsausschüssen und dem Klub der Landtagspartei der „48er“ basierte. Überdies wurde der Beschluß gefaßt, einen Landesausschuß, und zur Erledigung der operativen Angelegenheiten einen Zentralausschuß einzurichten²⁵⁾.

Die am 10. März 1872 in Pest abgehaltene Konferenz des „Linken Zentrums“ zeigt die Differenz zwischen dem engen Parteibegriff und dem breiten Spektrum der Konferenzteilnehmer²⁶⁾. Offiziell erschienen 263 Delegationen mit 2119 Delegierten aus etwa 80 Prozent der Komitate. 17 Prozent der Delegationen wurden von den Komitaten, 40 Prozent von den Wahlkreisen entsendet. Die übrigen kamen aus verschiedenen Städten und Dörfern. In mehr als 40 Prozent der Fälle wurde nur angegeben, welche Wahlbezirke die Delegierten repräsentierten, bei anderen wurde auch auf die Organisation, die Art der Delegierung oder den politischen Hintergrund der Delegierten hingewiesen. Für die Organisationen wurde meist der Ausdruck „Kreis“ verwendet (14 Prozent aller Fälle), es ist jedoch nicht klar, ob damit ein Verein oder eine ad hoc Zusammenkunft gemeint ist. In 15 Prozent der Fälle wurde auf eine Versammlung oder Konferenz verwiesen, welche die Delegierten gewählt hatten. Bei der Angabe der politischen Ausrichtung der Delegierten wird die unklare zeitgenössische Terminologie besonders deutlich: Am häufigsten wurden die Ausdrücke „linksorientiert“ und „linksgerichtet“ verwendet (18 Prozent), die sich im Sprachgebrauch der Zeit nicht nur auf Anhänger des „Linken Zentrums“, sondern auch auf jene der „Äußersten Linken“ bezogen. Die Ausdrücke „Linkes Zentrum“ und „Zentrale Linke“ kommen hingegen nur sechsmal vor; ebenso selten ist die Bezeichnung „liberal“, die die Anhänger des „Linken Zentrums“ auf sich selbst anwandten. Bezeichnenderweise werden sechs Delegierte als „oppositionell“ bezeichnet.

Nach 1875 gingen Versuche dieser Art zum Aufbau einer Landesorganisation zurück. Nur einzelne oppositionelle Stimmen wiesen wiederholt auf ein Mißverhältnis zwischen „Gesellschaft“ und Politik hin. 1887 etwa skizzierte Béla Pártos ein landesweites Netz an Organisationen und beschrieb mögliche Methoden zu ihrer kommunikativen Vernetzung ebenso wie notwendige charakteristische Merkmale der lokalen Organisationen. Er vertrat dabei die Ansicht, daß zwei

²⁴⁾ GYULA MÉREI (Hg.), *A magyar polgári pártok programjai, 1867–1918* [Die Programme der ungarischen bürgerlichen Parteien, 1867–1918] (Budapest 1971) 190.

²⁵⁾ *Magyar Ujság* vom 23. Januar 1872, 2.

²⁶⁾ Die Grundlage für die vorliegende Analyse boten die in der Zeitschrift *Ellenőr* zwischen dem 22. Februar und dem 10. März 1872 veröffentlichten Teilnehmerlisten. Zu den Problemen der Organisation der unterschiedlichen Oppositionsparteien vgl. EDE TÓTH, Mocsáry Lajos élete és politikai pályakezdetek 1826–1874 [Das Leben und der Beginn der politischen Laufbahn von Lajos Mocsáry 1826–1874] (Budapest 1967).

Jahre intensiver Arbeit ausreichend seien, um 200 bis 220 lokale Organisationen aufzubauen²⁷⁾.

Drei Jahre später verurteilte Miklós Bartha die bisherige Praxis seiner Partei: „Wir hatten überall zahlreiche Mitglieder, keiner konnte sie aber zusammenführen, in Zucht halten, ins Gefecht führen oder ihnen zum Siege verhelfen. Es gab niemanden, der bei der Verfertigung der Wahllisten den Stimmenmörder- und Stimmenmacherkommissionen auf die Finger schlug. Keiner besorgte rechtzeitig einen geeigneten Kandidaten. ... Hätte das Volk von sich selbst aus die 48er Vereine nicht gegründet, so gäbe es heute in den Bezirken keine Organisationen.“ Sein Konzept sah einen Exekutivausschuß in jedem Komitat und die Organisation der Partei in jedem Bezirk vor. Als Grundeinheit der Partei definierte er die Lesevereine²⁸⁾. Sieben Jahre nach diesem Aufruf Barthas versuchte seine Partei unter dem Namen „48-as Népszövetség“ [48er Volksbund] ein Organisationsnetz zu realisieren. Da sie für die Einführung des allgemeinen [Männer]Wahlrechts kämpfte, erstreckte sich ihr Interesse nicht nur auf die Wahlberechtigten, sondern auf jeden Mann über 20 Jahren. Dieses Vorhaben steht in der Tradition der bis in die Mitte der siebziger Jahre favorisierten Modelle, allerdings wird nun der hierarchische Aspekt stärker betont. Der Zentrale Parteiausschuß, dem die Mitglieder der Parlamentsfraktion angehörten, sollten auf die Tätigkeit der lokalen Vereine größeren Einfluß ausüben können. Das Statut selbst prognostiziert bereits den Zerfall der Organisation: „Die Auflösung des 48er Bundes bedeutet nicht unbedingt die Auflösung der provinziellen Vereine, da diese – als Kultur- oder Geselligkeitsvereine – auch weiterhin aufrechterhalten werden können.“²⁹⁾ Dieses Netzwerk basierte auf bereits vorhandenen Vereinigungen – den 48er Vereinen; es gibt jedoch keine Anzeichen für eine tatsächliche Herausbildung einer landesweiten Organisation.

Es ist kein Zufall, daß der Versuch einer landesweiten Organisation von demjenigen Teil der „Achtundvierziger“ unternommen wurde, der in seinen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programmen mit dem Neokonservativismus, der einem organischen Gesellschaftsmodell huldigte, sympathisierte. Die erste ungarische neokonservative Partei, die „Antisemitische Landespartei“, gründete jedoch kaum lokale Organisationen; nur an wenigen Orten wurden Schutzorganisationen und Schutzvereine ins Leben gerufen. Nicht einmal anläßlich von Wahlen konstituierten sich – dem Beispiel der anderen Parteien folgend – entsprechende Komitees³⁰⁾. Deutlicher war der Zusammenhang zwischen politischen und gesellschaftlichen Organisationsprogrammen bei der katholischen „Volkspartei“. Auf der im Jänner 1895 abgehaltenen konstituierenden Sitzung

²⁷⁾ BÉLA PÁRTOS, A függetlenségi és 48-as párt szervezéséről [Über die Organisation der Unabhängigkeits- und 48er Partei] (Budapest 1887).

²⁸⁾ MIKLÓS BARTHA, A függetlenségi part [Die Unabhängigkeitspartei] (Kolozsvár 1890) 16.

²⁹⁾ Vgl. A 48-AS NÉPSZÖVETSÉG ALAPSZABÁLYAI [Die Statuten des 48er Volksbundes] (Budapest 1897).

³⁰⁾ Vgl. JUDIT KUBINSZKY, Politikai antiszemitizmus Magyarországon, 1875–1890 [Politischer Antisemitismus in Ungarn 1875–1890] (Budapest 1976) 148 ff., 195.

wurde bereits konstatiert, daß „Volksparteien“ eine Grundeinheit der gesellschaftlichen Organisation sein müßten. Parallel dazu unterstützte die „Volkspartei“ auch den Aufbau einer spezifisch katholischen Vereinsbewegung, was aber im Endeffekt die Entfaltung einer eigenen Parteiorganisation behinderte³¹⁾.

Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts wurden Möglichkeiten der politischen Organisation von Anhängern der „Volkspartei“ auch in der Presse immer intensiver diskutiert: „Der große Fehler der katholischen Politik besteht darin, daß sie den Aufbau des christlichen Ungarn von oben begonnen hat. Wir haben eine katholische politische Partei, die Volkspartei, die tadellose Verdienste besitzt, die Gesamtheit der ungarischen Katholiken ist jedoch politisch nicht einheitlich organisiert.“³²⁾ Dem Vorbild der deutschen katholischen Bewegung folgend sollten Kurse für politische Organisierung und Rhetorik abgehalten werden. Allerdings wurde von einer Durchführung dieser Vorhaben abgesehen, primär, um nicht mit dem damaligen Koalitionspartner zu konkurrieren. Die Auflösung der Koalition, eine schwere Wahlniederlage und der Aufbau von landesweiten Organisationen durch andere Parteien führten 1913 schließlich zur Initialisierung eines umfassenden Organisationsprogrammes auf lokaler und regionaler Ebene.

In der in dieser Zeit veröffentlichten Broschüre „Szervezzük a néppártot!“ [Organisieren wir die Volkspartei!] wird der Begriff der Politik folgendermaßen formuliert: „Da die Politik in Wirklichkeit der Kampf der Interessen ist, werden die Interessen derjenigen, die von niemandem verteidigt werden, von denen niemand fordert, sie zu beachten, durchgehend vernichtet.“³³⁾ „Wenn sich eine Tendenz, eine Auffassung, ein Programm im Abgeordnetenhaus durchsetzen will, braucht sie eine Partei, und zwar aus dem Wesen der Sache folgend, eine möglichst große und in möglichst disziplinierter Einheit tätige Partei.“³⁴⁾ Gleichzeitig sollten verschiedene katholische Bewegungen in die Partei integriert werden: „Die Volkspartei ist dagegen der Hüter, der bewaffnete Verteidiger derjenigen Fortschritte, die der Volksverein und die anderen katholischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen, nämlich die katholischen Vereine sowie die Gesellen- und Arbeitervereine durch gemeinsame Arbeit erreichen und vorzeigen können. Wie töricht wäre es, das eine zu tun und an das andere nicht zu denken.“³⁵⁾ Ein durchgehender Ausbau eines Organisationsnetzwerkes wurde jedoch vom Ausbruch des Weltkriegs verhindert.

Nicht nur die neokonservativen antiliberalen, sondern auch die auf eine Massenbasis angewiesenen Parteien wie die Sozialisten betrieben die Errichtung landesweiter Organisationen. Hier hängt die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht eng mit dem Aufbau eines umfassenden politischen Vereinsnetzes

³¹⁾ DÁNIEL SZABÓ, A Néppárt az 1896. évi országgyűlési választásokon [Die Volkspartei bei den 1896 abgehaltenen Landtagswahlen]; in Századok 112 (1978) 730–756.

³²⁾ KÁROLY HUSZÁR, Katholikus mozgalmaink [Unsere katholischen Bewegungen]; in: Néppárt vom 26. März 1904, 1.

³³⁾ SZERVEZZÜK A NÉPPÁRTOT! [Organisieren wir die Volkspartei!] (Budapest 1913) 3.

³⁴⁾ EBD. 5.

³⁵⁾ EBD. 12.

zusammen. Der Gedanke der Massenorganisation spielte auch in den Programmen der um die Jahrhundertwende gegründeten „Polgári Demokrata Párt“ [Bürgerlich-Demokratische Partei], die das Reformen fordernde Klein- und Mittelbürgertum vertrat und dementsprechend in Ungarn nie eine größere politische Bedeutung erlangte, eine Rolle. Auf der konstituierenden Sitzung wurde der Vorschlag zur Gründung eines „Radical-Demokrata Szövetség“ [Radikal-Demokratischer Bund] unterbreitet, der folgende Passage enthielt: „In Ungarn schotteten sich die politischen Parteien bisher vom Volk immer ab; es gab gar keine politische Organisation. Deshalb ist es selbstverständlich, daß einerseits das Volk, andererseits die führenden Elemente der Politik zwei einander völlig fremde Welten sind ... Der Radikal-Demokratische Bund muß natürlich auch mit dieser Tendenz Schluß machen, wir müssen eine ständige politische Organisation schaffen, wo jeder Platz hat und wichtig ist, der sich zu den Prinzipien unserer Partei bekannt. Diese Organisation wird dazu berufen sein, uns zusammen zu halten, sie wird die ständige Verbindung zwischen uns und jener Ort sein, wo alle radikalen Demokraten des Landes zu Hause sind und sich treffen können.“

Die Gründung dieser Organisation ist auch aus einem anderen Grund empfehlenswert: In unseren Mitteln, in unserem Programm sind wir Demokraten. Wir wollen in unserer politischen Tätigkeit jeden Rückschritt und jede Korruption im öffentlichen Leben angreifen und geißeln. Das wird den Machthabern wahrscheinlich nicht immer gefallen, wir werden aber ihr Gefallen nie suchen. Wir brauchen also eine Organisierung auf Vereinsgrundlage. Deshalb schlage ich vor, den Radikal-Demokratischen Bund zu gründen.“³⁶⁾ Doch auch dieses Vorhaben blieb im Planungsstadium stecken, nicht zuletzt deswegen, weil sich die Sympathisanten der Partei im nach außen hin nichtpolitischen „Országos Magyar Kereskedelmi Egyesület“ [OMKE, Landesverbandes des Ungarischen Handels] sammelten.

Nach 1910 trat eine auch von Zeitgenossen konstatierte Veränderung in den Organisationsprinzipien der Parteien ein. Selbst die Regierungspartei nahm nun den Aufbau lokaler Organisationen ernster; das englische „caucus“-System begann, Wurzeln zu schlagen³⁷⁾.

1913 vereinten sich die verschiedenen Fraktionen der „Achtundvierziger“ und beschlossen, ebenso wie die „Volkspartei“, den Aufbau einer landesweiten Organisation. Neben der Lancierung allgemeiner Aufrufe zu Vereinsgründungen wandten sich die Parteigranden in Rundschreiben an ihre Sympathisanten und baten sie um Informationen über bereits vorhandene Organisationen, die leitenden Personen und mögliche Unterstützer³⁸⁾. Obwohl gerade unter der Ägide

³⁶⁾ Vorlage von Sándor Polacsek, veröffentlicht in: *Uj Század* vom 18. März 1900, 10.

³⁷⁾ ALBERT DEÁK, *A parlamenti kormányrendszer Magyarországon* [Das parlamentarische Regierungssystem in Ungarn], 2 Bde. (Budapest 1912), hier II 145.

³⁸⁾ Vgl. den Brief von Mihály Károlyi, geschäftsführendem Vorsitzenden, vom 26. Juli 1913 an István Apáthy; in: GYÖRGY LITVÁN (Hg.), *Károlyi Mihály Levelezése* [Briefwechsel von Mihály Károlyi], 3 Bde. (Budapest 1978–1991), hier I 75.

dieses politischen Lagers zahlreiche Vereine in Ungarn gegründet worden waren, fehlte es in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg den Parteiführern immer noch an der Übersicht über dieselben³⁹⁾.

3. *Komitatsparteien*

Auch auf der Ebene der Munizipien, welche die Komitate und die Städte mit Munizipialrechten umfaßt, entfaltete sich in der Ära des Dualismus ein reiches politisches Leben. Hier wurden nicht nur regionale Belange geregelt, sondern entsprechend dem Repräsentativsystem hatten diese Körperschaften Möglichkeiten, die Landespolitik zu beeinflussen⁴⁰⁾.

Die politischen Organisationen auf Komitatsebene wiesen unterschiedliche Charakteristika auf. Teilweise waren sie Spiegelbilder der Landtagsparteien, indem sie jene Personen der Munizipalausschüsse zusammenfaßten, die gleiche oder ähnliche Standpunkte vertraten. Dazu boten die regelmäßig stattfindenden Sitzungen Gelegenheit, denn hier konnten sich Parteianhänger aus allen Teilen des Verwaltungsgebietes treffen. Allerdings war auf Komitatsebene die politische Landschaft in der Regel weniger stark diversifiziert; meist standen sich Vertreter der Regierungspartei und der Opposition gegenüber. Tatsächliche Zuordnungen zu den einzelnen Landesparteien geschahen meist vor dem Hintergrund wichtiger politischer Fragen, in erster Linie aber bei Landtagswahlen. Im Unterschied zur Landesebene brachte eine Mehrheit der Unabhängigkeitsströmung auf Komitatsebene das politische System auch nicht ins Wanken.

Ein weiteres Charakteristikum der Komitats- (wie auch der Wahlkreisparteien) war, daß sie nicht unbedingt als Verein organisiert waren. Während zur Gründung von Vereinen ein vom Innenminister bewilligtes Statut erforderlich war, benötigten politische Parteien ein solches nicht. Die Komitatsparteien können als Wahlparteien definiert werden, die vor einer Parlamentswahl ins Leben gerufen wurden und bis zur nächsten Wahl in einen Dornröschenschlaf versanken. Dann reorganisierte sich die Partei, eventuell wurde eine neue Führung

³⁹⁾ Nach dem Ausgleich war das noch selbstverständlich, zu dieser Zeit kommunizierte die Fraktion oder ihr Vorstand mit den lokalen Parteianhängern und Organisationen nur über die Presse, vgl.z. B. folgende Notiz: „Die Vorsitzenden und zweiten Vorsitzenden in den Komitaten, Städten und Stühlen der bis jetzt gegründeten Ausschüsse werden höflichst ersucht, die authentische Namenliste der in den Bezirken bis jetzt aufgestellten Parteikandidaten der Parteizentrale (Uri Straße, Deákverein) möglichst bald einzusenden. Pest, 4. Februar 1869. Pál Királyi Ausschußnotar.“ *Magyar Allam* vom 6. Februar 1869, 2.

⁴⁰⁾ In den gesetzlichen Regelungen über die Munizipien wurden diesen Organisationen drei Funktionen zugeschrieben: Die Selbstverwaltung, der Vermittlung der Staatsverwaltung, „daneben können sich die Munizipalbehörden auch mit anderen gemeinnützlichen, sogar landesweiten Angelegenheiten beschäftigen, über sie diskutieren, sich darüber vereinbaren, diese Vereinbarungen einander und der Regierung mitteilen und in Form einer Bittschrift jedem Haus der Gesetzgebung unmittelbar unterbreiten.“ GESETZARTIKEL XXI/1868, § 1. Vgl. auch KÁROLY VÖRÖS, Die Munizipalverwaltung in Ungarn im Zeitalter des Dualismus; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/2: Verfassung und Parlamentarismus. Die regionalen Repräsentativkörperschaften (Wien 2000) 2345–2382.

gewählt. Den Kern der Organisation bildeten in der Regel einige lokale, politisch aktive Persönlichkeiten. Dieser Kern konnte durch einen lokalen Verein ergänzt werden, der über eigene Räumlichkeiten verfügte, als Kasino oder Klub tätig war und auf lokaler Ebene politisch agierte⁴¹⁾.

Grundlage für eine Analyse der Komitatsparteien sind einerseits ihre Statuten, andererseits die Art ihrer Tätigkeit. Vor allem ist festzustellen, daß in den Statuten der Komitatsparteien die in den Landesparteiprogrammen formulierten Zielsetzungen verkürzt und vereinfacht nachgebildet werden. Die Vereinfachung kann z. B. aus einem Hinweis auf Ferenc Deák ohne nähere Erläuterungen bestehen: „Der Deákverein im Komitat Neutra wurde gegründet, um aufgrund der von diesem größten Patrioten Zeit seines Lebens konsequent verkündeten wahren und nützlichen politischen Prinzipien, die aus diesen Prinzipien folgenden staats-, menschenrechtlichen und gesellschaftlichen Errungenschaften von 1848, ihre Entwicklung den Ansprüchen der Zeit und Ungarns entsprechen, vor allen Mitgliedern gemeinsam zu unterstützen.“⁴²⁾ Ein anderes Mal wird nur auf den den Ausgleich regelnden Gesetzartikel hingewiesen: Das Ziel der Partei ist es „mitzuwirken an der friedlichen Entwicklung, die auf der staatsrechtlichen Grundlage begonnen hat, welche im aufgrund der Pragmatischen Sanktion zustande gekommen und von der Mehrheit des ungarischen Landtags angenommen, von unserem legal gekrönten König sanktionierten Gesetzartikel XII/1867 ausführlich bestimmt wird, und die bereits vorhandenen Voraussetzungen des liberalen Fortschritts in Gesellschaft und Politik zu fördern.“⁴³⁾ Auf der Gegenseite begnüge man sich im allgemeinen mit der Zielsetzung „des Zustandebringens eines von allen anderen Ländern unabhängigen Ungarn.“

Die Struktur der Komitatsparteien war verhältnismäßig homogen. Es gab einen Vorstand und einen Zentralausschuß, an dem die Delegierten der Wahlkreise teilnahmen. Über die Parteianhänger wurde in der Regel in jedem Ort eine Liste geführt⁴⁴⁾. Die bereits bei den „Landtagsparteien“ erwähnte Doppelstruktur war auch teilweise auf Komitatsebene gegeben: Neben den politischen Organisationseinheiten wurde ein Klub gegründet, der den Aufbau eines Vereins aufwies. In zeitgenössischen Berichten über Statut und Organisationsform wird häufig nur der Vereinsaspekt thematisiert, woraus geschlossen werden kann, daß diese Klubs auf die gleiche Art wie jene Assoziationen agitierten, die rein gesellige Zielsetzungen verfolgten⁴⁵⁾.

⁴¹⁾ Vgl. dazu ADALBERT TOTH, Die Genehmigungspraxis politischer Vereine und Parteien in Ungarn 1892–1896; in: Ungarn Jahrbuch 17 (1990) 75–105.

⁴²⁾ Die Statuten von 1872 befinden sich, wenn nicht anders angegeben, in der Kleindrucksammlung der OSZK.

⁴³⁾ Deák-Partei im Komitat Bars.

⁴⁴⁾ Grundlage der Namenliste ist entweder die den Anschluß an die Partei dokumentierende Unterschrift oder das bei den früheren Wahlen gezeigte politische Verhalten.

⁴⁵⁾ Siehe z. B. das 1871 verfaßte Statut des Liberalen Vereins von Szegedin (Szeged). Hier werden vier Abteilungen aufgezählt: literarisch-kulturelle (mit 50 Mitgliedern), gesundheitliche (mit 26 Mitgliedern), industriell-kommerzielle (mit 153 Mitgliedern) und wirtschaftliche, d.h. landwirtschaftliche Abteilung (mit 207 Mitgliedern).

Allmählich schieden die von den Munizipalausschüssen ausgeübten Funktionen aus dem Aufgabenkreis der Komitatsparteien aus. Die örtlichen Fraktionen wurden selbständig, wobei auch die bereits erwähnte Differenz der Landes- und Komitatsparteien eine Rolle spielte. Die wichtigsten Aufgaben waren die Vorbereitung der Wahlen, die Koordination der Kampagnen im Wahlkreis und die Kommunikation mit der „Zentrale“, also der Parlamentsfraktion. Betreffend die Durchführung ihrer Aufgaben verfügten die Komitatsparteien über relativ große Entscheidungskompetenzen; so trafen sie etwa eigenständig Wahlvereinbarungen mit den anderen Parteien im Komitat, wobei die jeweiligen Konstellationen von Komitat zu Komitat unterschiedlich ausfallen konnten.

Außerhalb der Wahlzeiten spielten die Komitatsparteien in politischen Krisensituationen eine Rolle, wenn sie die von der Landtagspartei gesetzten Aktivitäten unterstützen oder selbständig Aktionen starteten. Im Dezember 1875 etwa wollte eine Gruppierung innerhalb der Regierungspartei im Komitat Borsod einen die Politik der Regierung verurteilenden Beschluß verabschieden lassen. Eine 400 bis 500 Personen umfassende Konferenz wurde einberufen, die den Beschluß abschmettete⁴⁶⁾. Im Juli 1903 identifizierte sich die „Liberale Partei“ von Debreczin (Debrecen) mit den militärischen Forderungen der Opposition und rief implizit auch die Landtagspartei auf, sich auf ihre Seite zu stellen. Mehrere liberale Parteien in den Komitaten und den Wahlbezirken schlossen sich dem Aufruf sofort an und erhoben sogar weitergehende Forderungen⁴⁷⁾.

Bei der im April 1906 erfolgenden Auflösung der „Liberalen Partei“ zeigte sich der offene Charakter der Beziehung zwischen der Landes- und den Komitatsparteien. Diese reagierten auf die Auflösung der Landespartei unterschiedlich; die einen lösten sich dem Beispiel der übergeordneten Instanz folgend umgehend selbst auf, so etwa in den Komitaten Jász-Nagy-Kun-Szolnok und Szabolcs⁴⁸⁾. Andere wiederum schlossen sich einer anderen Landespartei, beispielsweise der „Alkotmánypárt“ [Verfassungspartei], an, eine dritte Gruppe von Komitatsparteien schließlich bestanden als selbständige Organisationen, unabhängig von einer Landespartei, weiter fort.

4. Wahlbezirksparteien

Die Parteien der Wahlbezirke ähneln in Funktion und Struktur den Komitatsparteien. In der Regel hatten sie den Charakter von Honoratiorenorganisationen; ständige, auf Vereinsgrundlage basierende Wahlbezirksparteien gab es nur in den Städten, die einen eigenen Wahlbezirk bildeten. Dementsprechend hatten sie außerhalb der Wahlen und eventuellen politischen Aktionen keine gesell-

⁴⁶⁾ *Politikai Ujdonságok* vom 15. Dezember 1875, 542; EBD. vom 22. Dezember 1875, 554.

⁴⁷⁾ Siehe *Pesti Hírlap* vom 29. Juli 1903, 5 mit dem ursprünglichen Aufruf.

⁴⁸⁾ Die in der Parteikasse befindliche Summe wurde für den Ausbau der Bessenyei-Bibliothek von Nyiregyháza ungewidmet.

schaftsorganisierende Funktion. Wie bereits erwähnt, wandten sie sich mit politischen Fragen öfter als die Komitatsparteien an ihre Abgeordneten. An größeren Aktionen nahmen sie oft unabhängig von der Stellungnahme der Komitatsparteien teil. Vereinbarungen, die sie mit anderen Parteien trafen, beschränkten sich charakteristischerweise beinahe ausschließlich auf die Abwicklung der Wahlkampagne. In diesem Zusammenhang hatte sie die wichtige Aufgabe, ihren jeweiligen Kandidaten zu nominieren.

Juristisch gesehen mußte ein möglicher Kandidat nicht weit im Vorhinein zur Wahl angemeldet werden; es war völlig ausreichend, ihn eine halbe Stunde vor der Wahl zu nominieren. Solch ein Vorgehen war jedoch nicht ratsam, waren zu einer erfolgreichen Wahlkampagne doch umfangreiche Vorarbeiten notwendig: Wahlversammlungen mußten abgehalten, Flugblätter vorbereitet und Wagen organisiert werden, um die Wähler zu den Wahlurnen zu transportieren.

Im folgenden soll kein vollständiges Bild der Tätigkeit der Wahlbezirksparteien gezeichnet werden; statt dessen soll die Schilderung verschiedener Aktivitäten einen beispielhaften Eindruck vermitteln.

Am 11. Jänner 1869 rief Pál Nyáry, ein bekannter Politiker des „Linken Zentrums“ im Komitat Pest, die Mitglieder der Komitatsausschüsse zu einer vorgeblich überparteilichen Konferenz zusammen und schlug vor, eine die Wahl vorbereitende Komitatszentrale ins Leben zu rufen, auf deren Grundlage die Organisation in den Wahlbezirken beginnen könnte. Obwohl die Konferenz überparteilich einberufen wurde, setzten sich die Ansichten der Opposition durch: Es wurde vereinbart, Suborganisationen in den Wahlbezirken zu organisieren und die Komitatszentrale mit den dort bestimmten Personen zu beschicken. Vorerst wurden nur die Koordinatoren der einzelnen Wahlbezirke bestellt⁴⁹⁾.

Mehrere Konferenzen in den Wahlbezirken folgten, Berichte über diese Treffen, verfaßt von den jeweils nominierten Personen, erschienen in der Presse. Bei diesen Treffen wurden die politische Lage analysiert und Kandidaten aufgestellt. Dem oppositionellen Charakter der offiziell überparteilichen Treffen zum Trotz erschienen – zufällig oder absichtlich – auch Anhänger der Déak-Partei auf den Konferenzen. Obwohl deren Anwesenheit vom Konferenzleiter unter Berufung auf den überparteilichen Anspruch der Treffen verteidigt wurde, mußten sie auf Druck der Opposition die Versammlung verlassen⁵⁰⁾.

In anderen Wahlbezirken, in denen keine vorgeblich überparteilich organisierten Gremien existierten, hatten Konflikte zwischen den Parteien einen anderen Charakter. So einigten sich im Jahr 1869 die Vertreter der Opposition darauf, einen linksorientierten (Mitglied des „Linken Zentrums“ oder der „Äußersten Linken“) – also ausgleichsfeindlichen – Politiker zu nominieren. Allerdings war es nicht möglich, sich auf die Person des Kandidaten zu einigen, da die in Frage

⁴⁹⁾ *A Hon* vom 12. Januar 1869, 2.

⁵⁰⁾ Konferenz des Wahlbezirks Gödöllő, *A Hon* vom 27. Januar 1869, 2.

stehenden Parteien auf dem jeweils eigenen Parteimitglied beharrten. Schließlich einigt man sich, daß im Fall des Auftritts des Kandidaten der Regierungspartei der durch die Abstimmung des „aus den Delegierten der Bezirkskonferenz zu bildenden Zentralkomitees“ nur über eine Minderheit der Stimmen verfügende Kandidat zurücktritt⁵¹⁾).

Bei jeder Bezirkskonferenz wurde ein Zentralkomitee, das nach Möglichkeit einen Delegierten aus jeder Gemeinde des Bezirks umfassen sollte, gebildet, das für die Abwicklung der Wahlkampagnen zuständig war. Überdies wurden auf den Bezirkskonferenzen auch die Delegierten in den Komitatsausschuß gewählt.

Doch auch die Regierungspartei organisierte sich, und ihre Methoden waren mehr oder weniger ähnlich; die Anhänger der „Deák-Partei“ formierten sich in den Wahlbezirken, worüber der Zentralausschuß der Landespartei umgehend informiert wurde. Eine der ersten Aktionen der neu gegründeten Filialen war die Einberufung einer Kandidaturversammlung⁵²⁾.

Ein weiteres Beispiel für die Tätigkeit der Wahlbezirksparteien datiert aus dem Jahr 1875. In einem Bezirk der Hauptstadt Budapest wurde eine Nachwahl abgehalten. Innerhalb des regierungsfreundlichen Lagers waren die bei der allgemeinen Wahl einige Monate zuvor formierten „Parteien“ noch funktionsfähig. Also kommunizierten deren Vorstände miteinander und riefen zum Zusammenwirken auf. Auf der Generalversammlung der im Bezirk aktiven Regierungspartei wurde ein ad hoc-Ausschuß gebildet, der sich jedoch nicht auf einen Kandidaten einigen konnte. Imre Ivánka wurde als kritikloser Anhänger der Politik der „Liberalen Partei“ angesehen, Gyula Schwarcz hingegen war dafür bekannt, dieser betont kritisch gegenüberzustehen, sowie die Forderung der ausgleichsfeindlichen Parteien nach einer selbständigen ungarischen Nationalbank und einem selbständigen Zollgebiet zu unterstützen. Obwohl auch ein oppositioneller Kandidat antrat, traten beide Kandidaten der Regierungspartei getrennt auf und schufen sich eigenständige Wählerorganisationen. Bei der Wahl selbst traten schließlich nur mehr die beiden liberalen Kandidaten an, Sieger wurde Gyula Schwarcz⁵³⁾.

Immer wieder kam es, wie im Beispiel dargelegt, vor, daß in einem Wahlbezirk mehrere Kandidaten ein und derselben Parteirichtung antraten, daß die Wahlbezirkspartei also keine vorherige Wahlvereinbarung traf. Bei der Regie-

⁵¹⁾ Konferenz des Bezirks von Alsó-Dabas, *A Hon* vom 30. Januar 1869, 2.

⁵²⁾ *Magyar Állam* vom 13. Januar 1869, 2.

⁵³⁾ Vgl. *Politikai Ujdonságok* vom 19. November bis 1. Dezember 1875. Der Verbleib von Schwarcz in der Partei war aber nur von kurzer Dauer: Am 15. Mai 1876 erörterte Schwarcz vor dem aus hundert Mitgliedern bestehenden Komitee der „Liberalen Partei“ von Terézváros, warum er aus der Partei austrat. Er vertrat auch weiterhin die Idee vom selbständigen Zollgebiet und wollte nicht für den – alle 10 Jahre zu erneuernden – wirtschaftlichen Ausgleich stimmen. Das Komitee billigte diesen Schritt und kritisiert den Ministerpräsidenten. Siehe EBD. vom 17. Mai 1876, 224.

rungspartei war diese Praxis nicht so weit verbreitet wie bei der Opposition, obwohl sich der liberal-konservative Gegensatz bei den 1901 abgehaltenen Wahlen, nach dem Zusammenschluß der „Nationalpartei“ mit der „Liberalen Partei“, in vielen Wahlbezirken spiegelte. Dort traten im Endeffekt zwei regierungsfreundliche Kandidaten gegeneinander an.

Das dritte Beispiel illustriert den Ablauf des auch im Lager der „Achtundvierziger“ immer weiter verbreiteten Entscheidungsprozesses, des sogenannten caucus. Bei der 1911 abgehaltenen Nachwahl von Béla Barabás beriefen die Vorsitzenden der lokalen „Unabhängigkeitspartei“ den Zentralausschuß der Bezirkspartei ein. Dieser nominierte zwölf Kandidaten. Es wurde abgestimmt, und jene sechs Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten hatten, wurden in der nächsten Abstimmung berücksichtigt. Diese brachte eine weitere Halbierung der Kandidatenzahl. Die Abstimmungen gingen weiter, bis einer, im konkreten Fall Béla Barabás, als alleiniger Kandidat übrig blieb. Auf ihn konzentrierte sich die folgende Wahlkampagne, an der die zentralen Politiker der Partei, selbst der Ministerpräsident, teilnahmen, da einer der Gegenkandidaten einer nationalen Fraktion angehörte, ein anderer dagegen Mitglied der radikalsten Oppositionspartei war⁵⁴).

5. Das Verhältnis von Parteien zu anderen politischen Vereinen

Stellte sich bei der Untersuchung der Landes- und Komitatsorganisationen das Problem der Janusköpfigkeit der Organisationen, die mit den politischen Aufgaben oft auch gesellige Aspekte verbanden, so daß die Grenze zwischen politischer Partei und Verein nicht immer scharf gezogen werden kann, taucht dieses Problem in bezug auf lokale städtische und Gemeindeorganisationen unter umgekehrten Vorzeichen erneut auf. Bisher fehlen Detailuntersuchungen zur Zahl der politischen Vereine in Ungarn, so daß hier generalisierend vom Namen des Vereins auf seinen Charakter geschlossen werden muß. Faktisch waren im dualistischen Ungarn jedoch zahlreiche politische Vereine tätig, deren Namen nicht auf ihren Charakter verweist. So zeigt die 1872 zusammengestellte Konferenzliste des „Linken Zentrums“, daß an Parteiveranstaltungen viele „nicht politisch benannte“ Vereine teilnahmen.

Diese Problematik läßt sich auch an dem unter dem Titel „Gemeinsame Antwort an Viele“ Ende 1868, Anfang 1869 in der Presse veröffentlichten Brief von Lajos Kossuth illustrieren. Der radikale Ausgleichskritiker, der in der Emigration lebte, beantwortete die von Sympathisanten an ihn gesandten Briefe. Die Analyse der Absenderliste macht deutlich, daß vier von 38 Briefen von der Bürgerschaft einzelner Gemeinden stammen, also nicht von statutenmäßig organisierten politischen Vereinen verfaßt wurden; 13 kamen von Demokratenvereinen, eine

⁵⁴) BÉLA BARABÁS, *Emlékirataim 1855–1929* [Meine Memoiren 1855–1929] (Arad 1929) 87 f.

Vereinigung war linksorientiert; weiters finden sich in der Liste drei Honvédvereine, deren Name sie in die Nähe von politischen Organisationen rückt, obwohl sie sich selbst als „Unterstützungsvereine“ ansahen und als solche ausgaben⁵⁵). 17 weitere Vereinigungen können auf Grund ihrer Bezeichnung als unpolitisch identifiziert werden. Überwiegend handelt es sich dabei um Lesevereine (teils bürgerliche und teils mit Gesangsvereinen verbunden), einige Klubs, Kasino- sowie Volksvereine⁵⁶).

1848 existierten in Ungarn ungefähr 600 Vereine, von denen 210 (Kasinos, Klubs, Lesekreise) auch politische Aktivitäten setzten. Viele von ihnen wandelten sich „in den 40er Jahren in faktische politische Diskussionszirkel“ um⁵⁷). Für die Vereinsstruktur im dualistischen Ungarn liegen zwei umfassende statistische Erhebungen aus den Jahren 1878⁵⁸) und 1899⁵⁹) vor.

Im Jahr 1878 wurden beinahe 4000 Vereine registriert. Werden davon die in der Statistik ebenfalls erfaßten Wirtschaftsunternehmen und die nach der Auflösung der Zünfte gegründeten Industrievereine abgezogen, bleiben 2700 bis 2800 Vereine. Ungefähr 1000 davon können im weitesten Sinn als politisch bezeichnet werden⁶⁰). In der 1899 verfertigten, auf der individuellen Datensammlung des Autors basierenden Statistik wird die Zahl der Vereine mit 3600 angegeben; davon sind 200 als politisch zu klassifizieren⁶¹). Die Vereinszahlen lassen sich auch auf die Kommunalstruktur Ungarns umlegen; in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es etwa 140 Städte, 2000 Groß- und 10.000 Kleingemeinden.

In der hier vorgelegten Statistik konnten 812 politische Vereine identifiziert werden⁶²), deren Gründungsdaten einem bestimmten Muster folgten:

⁵⁵) FERENC HORVÁTH, Az egyesületi élet Szombathelyen a feudalizmusból a kapitalizmusba való átmenet korában [Das Vereinsleben in Szombathely im Zeitalter des Übergangs vom Feudalismus in den Kapitalismus]; in: Vas megye múltjából. Levéltári évkönyv 3 (1966) 274.

⁵⁶) Siehe *Magyar Ujság* vom 1. Jänner 1869, 1.

⁵⁷) GÁBOR PAJKOSSY, Egyesületek Magyarországon és Erdélyben 1848 előtt [Vereine in Ungarn und Siebenbürgen vor 1848]; in: *Korunk* 4 (1993) 103–109. An dieser Stelle möchte ich dem Verfasser danken, daß er mir sein Manuskript noch vor dessen Veröffentlichung zur Verfügung gestellt hat. Zur Vereinslandschaft vor 1848 siehe auch ROBERT NEMES, Associations and Civil Society in Reform-Era Hungary; in: *Austrian History Yearbook* 32 (2001) 25–45.

⁵⁸) GYULA VARGHA (Hg.), Magyarország Egyletei és Társulatai 1878-ban [Vereine und Assoziationen in Ungarn 1878] (Budapest 1880).

⁵⁹) BÉLA KOCZÁNYI, Magyarországi társas- és közművelődési körök címtára [Adreßbuch von ungarländischen Klubs und Kulturvereinen] (Kassa 1899).

⁶⁰) LÁSZLÓ REISZ, Egyletek a dualizmus kori Magyarországon [Vereine im dualistischen Ungarn]; in: *Statisztikai Szemle* 66 (1988) 930–946.

⁶¹) PÁL BALOGH, A népfajok Magyarországon [Die Volksstämme in Ungarn] (Budapest 1902) 1090.

⁶²) Die Datenbank ist nicht vollständig; in der Fachliteratur werden teils abweichende Angaben angeführt.

Tabelle 40: DIE GRÜNDUNG POLITISCHER VEREINE IN UNGARN

Periode	Absolute Zahl	In Prozenten	Jahresdurchschnitt
Vor 1867	6	0,7	
1868–1874	107	13,2	15
1875–1889	119	14,7	8
1890–1898	124	15,3	14
1899–1905	186	22,9	26
1906–1909	165	20,3	41
1910–1914	93	11,5	17
1914–	12	1,5	

Quellen: EDIT PÓR (Hg.), *A magyarországi egyesületek című tára a reformkortól 1945-ig*, I. rész.: *Vidéki egyletek és körök*, 3 kötet [Adreßbuch der ungarländischen Vereine vom Reformzeitalter bis 1945. 1. Teil: Vereine und Gesellschaften in der Provinz], 3 Bde. (Budapest 1988); SÁNDOR BŐSZE, *Egyesületek Somogyban a dualizmus idején* [Vereine in Somogy im Zeitalter des Dualismus], I–II; in: *Somogy megye múltjából 16–17* (1985–1986); ATTILA MÁRFI, *Baranya megye egyesületei 1867–1914* [Die Vereine des Komitats Baranya 1867–1914]; in: *Baranyai Helytörténetírás* (1985/1986) 193–214; MÁRIA MÓRÓ, *Olvasóegyletek és népkönyvtárak Baranyában 1914-ig* [Lesevereine und Volksbibliotheken in der Baranya bis 1914]; in: *Baranyai Helytörténetírás* (1977); ISTVÁN FÖLDI, *Nógrád megyei egyesületek 1867 és 1918 között* [Vereine im Komitat Nógrád zwischen 1867 und 1918]; in: LÁSZLÓ Á. VARGA (Hg.), *Egyesületek, iskolák, nemzetiiségek nógrád vármegyében a 18.–20. században* [Vereine, Schulen, Nationalitäten im Komitat Nógrád im 18.–20. Jahrhundert] (Salgótarján 1990); GUSZTÁV BRUNDA, *Művelődési tartalmu egyesületek a dualizmus-kori Nógrádban* [Kulturell orientierte Vereine in Nógrád im Zeitalter des Dualismus]; in: EBD.

Vor dem Ausgleich konnte sich wegen des Verbots im Vereinspatent von 1852 offiziell kein politischer Verein konstituieren. Trotzdem gelang es einigen Assoziationen dieses Typs, sich zur Zeit des Landtags von 1860/61 bzw. nach 1865 zu organisieren. Nach dem Ausgleich stieg die Zahl der politischen Vereine dann rapide an.

In den ersten Jahren des Dualismus waren zwei Drittel der neu gegründeten Vereine dem oppositionellen politischen Lager zuzuordnen. Die Sympathisanten der Regierungspartei sammelten sich in sogenannten „Deákvereinen“ (26), nur ein Verein trug einen alternativen Namen („Rechtsorientierter Verein“). Die insgesamt neun katholischen politischen Kasinos waren mit den regierungstreuen Organisationen verbunden. Eine gewisse Unsicherheit in der Namensgebung ist jedoch gerade auf Seiten der Opposition feststellbar. Die zehn „Linksorientierten Vereine“, vier „Oppositionszirkel“ und sieben „Liberale Vereine“ können eindeutig dem „Linken Zentrum“ zugeordnet werden. Die Vereine der „Äußersten Linken“ trugen die Namen „48-as Kör“ [48er Verein] (8), „48-as Olvasókör“ [48er Lesekreis] (6) und „Függetlenségi Kör“ [Unabhängigkeitsverein] (5). Auch die „Demokratenvereine“ (4) identifizierten sich mit der „Äußersten Linken“, den konsequentesten Kritikern des Ausgleichs. 17 oppositionelle Vereine, etwa die „Gleichheits-“ und „Fortschrittsvereine“, können keinem Lager zugeordnet werden. Ein Teil der oppositionellen Vereine übernahm ein Musterstatut aus der Presse und reichte dieses bei den Behörden ein.

Besonders die „Demokratenvereine“ stießen auf zahlreiche Probleme bei ihrer Konstituierung. Sie entsprangen einer Initiative der „Äußersten Linken“ und wurden von einer Gruppierung innerhalb dieser Partei bereits im Sommer 1867 unterstützt. Das staatsrechtliche Programm der Vereine, wie es in den Statuten festgeschrieben war, war mit jenem der Partei identisch. Allerdings strebten sie wesentlich radikalere soziale Reformen an, insbesondere was die Probleme der Bauern in der Tiefebene betraf. Dieser Radikalismus, der teilweise auch die Leugnung der Institutionen des bürgerlichen Staates allgemein beinhaltete, führte einerseits zu einem behördlichen Verbot der Vereine, andererseits auch zur Distanzierung der Landtagspartei der „Äußersten Linken“ von diesen unerwünschten Sympathisanten. Faktisch wurden so wesentlich mehr „Demokratenvereine“ angemeldet als in den Statistiken vermerkt sind. Da jedoch ihr Statut nicht genehmigt wurde, stellten sie ihre Aktivitäten ein oder konstituierten sich unter einem unverfänglichen Namen⁶³).

55 Prozent der in der mit dem Namen Kálmán Tisza eng verbundenen Periode zwischen 1875 und 1899 gegründeten Vereine stehen in Zusammenhang mit der „Unabhängigkeitspartei“. Sie sind gekennzeichnet durch Namen wie „48er-“ bzw. „Unabhängigkeitsverein“ oder „Unabhängigkeits-Lesekreis“; darüber hinaus konstituierten sich „48er Gesangsvereine“. Grundsätzlich muß festgestellt werden, daß die Regierungspartei die Bildung eigener vereinsartiger Organisationen kaum unterstützte – ihr Anteil betrug nur 13 Prozent. Doch auch die zu dieser Zeit gegründete „Gemäßigte“ bzw. „Vereinigte Opposition“ verfügte nur über fünf Prozent der politischen Vereine. Wie bereits erwähnt, gründete nicht einmal die „Antisemitische Landespartei“ eigene Organisationen.

Charakteristisch für die Epoche ist die Gründung nationaler Organisationen bzw. von Vereinen, deren Zweck in der Magyarisierung der nicht-magyarischen Bevölkerung bestand. Diese Vereine waren mit keinem politischen Lager verbunden sondern dokumentieren vielmehr die Angst der politischen Eliten vor einem möglichen Einfluß der kleineren Nationen.

Die von Regierungskrisen belasteten neunziger Jahre brachten in der Praxis der Gründung politischer Vereine keine wesentlichen Veränderungen. Quantitativ war das ausgleichsfeindliche Lager noch dominanter (60 Prozent), was offenbar auf seine Zersplitterung und die Organisationsbestrebungen eines seiner Flügel zurückzuführen ist. Die „Liberalen Partei“ gründete 17 neue Vereine (14 Prozent). Allerdings traten zwei neue – symbolische – Elemente auf den Plan. Das erste ist die immer wichtigere Rolle, welche die lokale Politik spielte. Städtische Parteien,

⁶³) Vgl. FERENC PÖLÖSKEI, Az 1868-as alföldi parasztmozgalom [Die Bauernbewegung der Tiefebene von 1868]; in: Századok 90 (1956) 617–656; NÁNDOR KRAJNYÁK, Az Asztalos féle parasztmozgalom Kecskeméten [Die Bauernbewegung von Asztalos in Kecskemét] (Kecskemét 1961); SÁNDOR SEBESTYÉN, A „hevesi ügy“, 1867–1869 [Die „Affäre von Heves“]; in: Századok 107 (1973) 1175–1191; DERS., Regierungsfeindliches Auftreten der Oppositionskräfte des Komitates Heves nach dem Ausgleich vom Jahre 1867; in: Annales Historica 15 (1974) 195–219; JÓZSEF KISS, Jászok és agrármozgalmak a kiegyezéstől a millenniumig 1867–1896 [Agrarbewegungen in Jászkunország vom Ausgleich bis zum Millennium 1867–1896] (Budapest 1968).

u. a. auch die Budapester „Községi Demokrata Párt“ [Demokratische Gemeindepartei], der Keim der späteren „Bürgerlich-Demokratischen Partei“, konstituierten sich. Die zweite Neuerung bezieht sich auf die bereits erwähnte Kampagne zur Schaffung eng vernetzter Vereine seitens der 1895 gegründeten „Volkspartei“.

In den sieben Jahren vor der Regierungskrise von 1905 nahm die Zahl der neu gegründeten Vereine kontinuierlich zu. Sie wurden beinahe ausschließlich von unterschiedlichen Oppositionsparteien gegründet, wobei der Anteil der Unabhängigen bereits 64 Prozent erreichte. Der Bedeutungszuwachs des lokalen und regionalen Politisierens manifestiert sich in dieser Zeit in 18 Szekler Gesellschaften. Auch die christlichsoziale Bewegung gab mit 12 Prozent der Neugründungen ein kräftiges Lebenszeichen vor sich. Besonders günstige Bedingungen für ihre Verbreitung fand sie während der vierjährigen Koalitionsregierung.

Zwischen 1906 und 1910 wurden so viele Vereine wie noch nie zuvor, jedoch auf wesentlich anderer Grundlage, gegründet: Nur mehr 47 Prozent der jetzt entstehenden Vereinigungen standen dem ausgleichsfeindlichen Lager nahe, 42 Prozent jedoch organisierten als Vereine der Christlichsozialen Mitglieder des unteren Mittelstandes.

In der 1910 beginnenden, durch den Aufstieg der „Partei der Nationalen Arbeit“ charakterisierten Epoche nimmt die Zahl der Vereinsneugründungen wieder ab. Der politische Fokus liegt auf den Auseinandersetzungen im Abgeordnetenhaus, auf den landesweiten politischen Organisationen sowie auf der Gründung der – noch zu beschreibenden – nicht-vereinsartigen, mit den Parteien nur mittelbar verbundenen Organisationen. Die neuen Vereine sind durch ihre ideologische Divergenz gekennzeichnet: beinahe jedes politische Lager versuchte Vereinigungen zu gründen, keines war dabei jedoch besonders erfolgreich.

6. Politische und nicht-politische Vereine

Betrachtet man die Vereinsstruktur Ungarns, fällt die Dominanz der oppositionellen – erst der ausgleichsfeindlichen, dann zusätzlich der neokonservativen – Vereine unter den politischen Organisationen auf. Der Grund hierfür liegt in einem unterschiedlichen Konzept des politischen Handelns der Regierungs- und der Oppositionsparteien: Während die lokalen parteipolitischen Organisationen der Regierungspartei beinahe ausschließlich aus Anlaß von Wahlen reaktiviert wurden, hatten die Vereinigungen der Opposition grundsätzliche Bedeutung. Während sie in der Anfangsphase ihres Bestehens vor allem die politische Aufklärung und Erziehung der Bevölkerung forcierten, agierten sie später als Grundeinheiten der politisch organisierten Gesellschaft. Die Etablierung ständiger politischer Organisationen der Regierungsparteien erschien auch deswegen nicht unbedingt erstrebenswert, weil deren Existenz wohl nur zu einer raschen Vermehrung der Oppositionsvereine geführt hätte⁶⁴).

⁶⁴) Vgl. die entsprechenden Anfragen von Ministerpräsident Bánffy an mehrere Obergespane, MOL K-26, 38/1895, fasc. 341.

Obwohl oft als „Wahlparteiverein“ bezeichnet, ist dieser Begriff wenig sinnvoll. Die Wahlen werden nur im zentralen Ort des Wahlbezirkes und nicht in den einzelnen Gemeinden abgehalten, so daß der statutenmäßig organisierte Verein und der Kreis der Wähler nur in den Städten übereinstimmen. Dieses Faktum spiegelt sich auch in den Statuten der parteipolitischen Vereine, wo unmittelbare Hinweise auf Wahlen nur in wenigen Fällen (und eher in den späteren Jahren der dualistischen Periode) vorkamen. Im allgemeinen wurde der politische Charakter von Vereinen in den Statuten nur im Paragraphen über den Vereinszweck deutlich, wo „politische Gespräche“ extra erwähnt werden; Anhänger der Unabhängigkeitspartei ergänzten diese noch mit dem Hinweis auf ein „selbständiges Ungarn“⁶⁵⁾.

Im Statut beinahe jedes Vereins findet der Ausdruck „Patriot“ Verwendung. Er kann direkt parteipolitischen Inhalt haben, weist jedoch auch darauf hin, daß sich der betreffende Verein nicht mit den Forderungen der Nationalitäten identifizierte. Ein Mitte der siebziger Jahre verfaßter Bericht über das geistige Leben des Gesangsvereins von Sátoraljaújhely endet bezeichnenderweise folgendermaßen: „Es lebe das Vaterland! Es lebe unsere Nationalsprache! Es lebe unser Gesangsverein!“⁶⁶⁾ Die Ausdrücke „Vaterland“ und „patriotisch“ zeigen eine gewisse Überschneidung zwischen dem Wortschatz der politischen und der nichtpolitischen Vereine. Bezeichnenderweise werden der Patriotismus und das Vaterland häufig auch in jenen Statuten beschworen, die gleichzeitig von einem „Ausschließen der Politik“ sprechen⁶⁷⁾. Die Ausdrücke „Vaterland“ und „patriotisch“ werden im Komitat Nógrád etwa vom „Deákverein“, vom „Függetlenség-i Kör“, vom „Christlich-Sozialen Verein“, vom „Bürgerverband“ und vom „Handwerker-Lesekreis“ verwendet⁶⁸⁾.

Oft tritt der politische Aspekt eines Vereins mittelbar in Erscheinungen, wie beispielsweise bei den in den ersten Jahren des Dualismus gegründeten „Egyenlőségi Társulat“ [Gesellschaft für Gleichheit]. Dort findet sich der Hinweis auf eine politisch-öffentliche Aufgabe des Vereins beinahe ausschließlich in dem Paragraphen, der die Anrede der Mitglieder – die sich ohne Titel anreden müssen – regelte⁶⁹⁾. Mit verantwortlich für diese Praxis dürfte auch der Umstand der problemloseren behördlichen Genehmigung bei einem vorgeblich nicht-politischen Zweck des Vereins besonders in den frühen Jahren des Dualismus gewesen

⁶⁵⁾ Das Statut des „Kőbányai Függetlenség-i 48-as Kör“ [48er Unabhängigkeitsverein von Kőbánya] nennt als Vereinszwecke: „Das Bekanntmachen der Verfassung des von allen anderen Ländern legal unabhängigen Ungarn während des Gesprächs unter den Mitgliedern; die Rechte und Pflichten jedes Staatsbürgers kennenzulernen, frühere auszuüben, letztere zu erfüllen bestrebt zu sein, über politische und für unsere Vaterland wichtige, sich auf unsere Gemeinde und auf die volkswirtschaftlichen Angelegenheiten ihrer Bürger beziehende Probleme einander aufzuklären...“

⁶⁶⁾ *Zemplén* vom 28. Jänner 1877, 2.

⁶⁷⁾ Vgl. z. B. das Statut des am April 1911 gegründeten „Érsekvadkerti Polgári Olvasókör“ [Bürgerlicher Lesekreis von Érsekvadkert]; in: FÖLDI, Nógrád egyesületek [Vereine in Nógrád] 37.

⁶⁸⁾ EBD. 16, 26 f., 46, 97, 115.

⁶⁹⁾ *Pesti Napló* vom 2. August 1867, 2.

sein. Deswegen konstituierten sich politische Vereinigungen auch oft in der Form von nicht genehmigungspflichtigen Tischgesellschaften und nicht als Vereine⁷⁰⁾.

Mit Ausnahme der Wahlperioden weist das Tätigkeitsprofil politischer und nicht-politischer Vereine keine maßgeblichen Unterschiede auf. Eine wichtige Rolle im Vereinsleben spielten in jedem Fall das Lesen von Zeitungen und Zeitschriften, sowie Unterhaltungsmöglichkeiten wie das Kartenspiel und Billard. In populärwissenschaftlichen Vorträgen wurde über „die Wunder“ der Welt oder die unmittelbare Auswertung lokaler wirtschaftlicher Potentiale durch neue landwirtschaftliche Technologien informiert. Darüber hinaus gehörten Amateur-Theatervorstellungen und Tanzfeste ebenso wie Familien- und patriotische Abende zum Vereinsalltag. Das einzelne Mitglied war nicht nur als Person Teil eines Vereins; die Mitgliedschaft umfaßte vielmehr auch seine ganze Familie, die bei Bällen und Theateraufführungen am Vereinsleben Anteil nahm⁷¹⁾. Einzelne reichere Vereine verfügten über ein breites Dienstleistungsangebot; einige besaßen sogar einen ständigen Arzt. Zu diesen ganzen Aktivitäten kam bei einzelnen politischen Vereinen die Begehung gewisser Festtage⁷²⁾; bei den Anhängern des „48er“-Lagers waren dies beispielsweise der 15. März (Ausbruch der Revolution von 1848 in Ungarn) und der Namenstag von Lajos Kossuth. Typisch für politische Vereine war außerdem der Besitz einer eigens angefertigten Vereinsfahne als Symbol der Einheit, die allerdings oft erst nach mehreren Jahren der Vereinstätigkeit und des Sammelns von Spenden finanzierbar war. In mehreren Städten fungierte der lokale Parteiverband als Besitzer des lokalen Parteiblattes.

Die politischen und nicht-politischen Vereine nahmen gleichermaßen am Leben der Gemeinde Anteil und befaßten sich auch immer wieder mit kommunalen Problemen. Zahlreiche ihrer Mitglieder waren auch in den Selbstverwaltungseinrichtungen der Ortschaften, aber auch in anderen Vereinen tätig⁷³⁾. Für die Verflechtungen und die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Vereine, Organisationen und Körperschaften ist die 1895 abgehaltene Fahnenweihe des 1884 gegründeten „Ujpesti Függetlenségi kör“ [Ujpester Unabhängigkeitsverein] ein bezeichnendes Beispiel. Einladungen zu diesem Festakt ergingen an 27 lokale Gremien und Vereine, 100 an Gremien und Vereine in der Hauptstadt, acht an im Ausland tätige ungarische Vereine, 35 in die USA, 98 an Landtagsabgeordnete, 114 an Unabhängigkeits- und 48er Vereine, 216 an Industriekörperschaften und 15 an Ujpester und Budapester Fabriken⁷⁴⁾.

⁷⁰⁾ GYÖRGY BÓNIS, Nagy György és az 1914 előtti magyar köztársasági mozgalom [György Nagy und die ungarische republikanische Bewegung vor 1914] (Budapest 1962).

⁷¹⁾ Vgl. z. B. *Közvélemény* vom 16. Jänner 1877, 2.

⁷²⁾ Zu den politisch motivierten Feierlichkeiten siehe ALICE FREIFELD, *Nationalism and the Crowd in Liberal Hungary, 1848–1914* (Baltimore 2000).

⁷³⁾ Das Kasino und die Unabhängigkeitspartei von Kőbánya zählten gegen 1910 193 bzw. 238 Mitglieder. Ihre Kommunalisierungsprogramme stimmen überein, für 68 Personen läßt sich eine Doppelmithgliedschaft feststellen.

⁷⁴⁾ JÁNOS ERSCHINGER, *Emlékalbum az ujpesti Függetlenségi kör által 1895 évi október 13-án rendezett zászlófelavatási ünnepély alkalmából* [Gedenkalbum anlässlich des vom Ujpester Unabhängigkeitsverein am 13. Oktober 1895 organisierten Fahnenweihefestes] (Ujpest 1895).

Politische Vereine hatten mit der Unterstützung ihrer Fraktion oder anderen politischen Beziehungen vielfach die Möglichkeit, ihre Gemeinde durch Geld, Bauarbeiten oder andere Begünstigungen bei der Lösung von lokalen Problemen zu unterstützen. Diese Vertretung kommunaler Interessen spielte bei der Partei- oder Abgeordnetenwahl innerhalb der Gemeinde während des gesamten Dualismus eine wichtige Rolle. So wurden etwa bei der am 8. Jänner 1905 in Klausenburg [Kolozsvár, Cluj] abgehaltenen Wählerversammlung die Verdienste eines Kandidaten aufgezählt. Diese umfaßten u. a. seine Rolle beim Bau des Hauses der örtlichen Lehrer sowie des Kinderasyls, seine Spendensammlung für ein örtliches Blindenheim, die 100.000 Kronen erbrachte, seinen Einsatz für das Budget des neuen Theaters, seine fünf Jahre währende Leitung des Corso, seine Organisationsarbeit betreffend Kunstausstellungen, die Förderung von staatlichen Bauarbeiten in der Stadt sowie seinen Einsatz, damit der Staat alle Kosten für die Szekler Kreisbahn übernahm⁷⁵⁾.

Auch die nicht-politischen Vereine waren bestrebt, zu den parlamentarischen Abgeordneten ihrer Region gute Beziehungen zu unterhalten, was von diesen auch sehr geschätzt und gefördert wurde. So schenkte Antal Csengery etwa den lokalen Lesevereinen in seinem Wahlbezirk zahlreiche Bücher. Daß er zum Ehrenvorsitzenden zumindest eines dieser Lesevereine gewählt wurde, ist beinahe die logische Folge. Weiters war er auch der Präsident der lokalen Handels- und Industriebank, Ehrenmitglied des Kasinos, Ehrenmitglied des lokalen Feuerwehrvereins etc.⁷⁶⁾.

Parteipolitische Vereine konnten, auch wenn dies in ihren Statuten ursprünglich nicht vorgesehen war, auch spezielle Interessensvertretungsfunktionen übernehmen. Im März 1894, einen Monat vor dem agrarsozialistischen Aufbruch in Hódmezővásárhely, erklärte der örtliche „Liberale Verein“ in der Absicht, die sozialen Spannungen abzubauen, „die im Ausmaß eines Drittels des Ertrags eines bearbeiteten Maisfelds von einigen immer noch genommene sogenannte Fronarbeit, die unter den heutigen Bedingungen gar nicht mehr begründet ist“, seien abzuschaffen⁷⁷⁾. In vielen Teilen des Landes, vor allem im Südosten, wurden die ärmeren Bevölkerungsschichten von den Anhängern des Unabhängigkeitslagers, die reicheren von den Mitgliedern der Regierungspartei angesprochen.

Diese allgemeinen Merkmale der ungarischen Vereinslandschaft wurden immer wieder von spezifischen Verknüpfungen zwischen Politik und Vereinen auf lokaler Ebene konterkariert; so etwa in den Marktflecken der Tiefebene, wo sich in jedem Stadtbezirk Lesevereine konstituierten. Diese „Volkskasinos“, wie sie auch genannt wurden, erfaßten im allgemeinen sowohl die wahlberechtigte Bür-

⁷⁵⁾ BESZÉDEK A KOLOZSVÁRI szabadelvűpárt szervezkedő és képviselő jelölő közgyűlésén [Reden während der Organisations- und Kandidaturgeneralversammlung der Liberalen Partei in Klausenburg] (Kolozsvár 1905) 10.

⁷⁶⁾ OSZK Handschriftsammlung Quart. Hung. 2425, Nachlaß Csengery.

⁷⁷⁾ SÁNDOR BEZDÁN, Hódmezővásárhelyi agrárszocialista olvasóköri körök a századfordulón [Agrarsozialistische Lesevereine in Hódmezővásárhely zur Jahrhundertwende] (=Szegedi Tanárképző Főiskola Tudományos Közleményei, Szeged 1973).

gerschaft als auch diejenigen Bevölkerungsschichten, die durch das restriktive Wahlrecht von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen waren. Häufig trugen sie in ihrem Namen den Zusatz „Politische“ oder „48er“. Um die Jahrhundertwende schlossen sie sich im allgemeinen dem agrarsozialistischen Lager an. Solche Marktflecken waren beispielsweise Karcag mit 14, Békés und Hódmezővásárhely mit je elf, Kiskunfélegyháza mit sechs, Mezőtúr mit fünf und Cegléd und Szentes mit je vier politischen Vereinen. Charakteristisch war die Ungleichzeitigkeit der Vereinsbildung in den einzelnen Orten. So wurden in Karcag zwischen 1873 und 1875 fünf, 1897 drei und 1904 zwei Organisationen gegründet, in Békés zwischen 1895 und 1896 fünf und im Jahr 1900 zwei. Das führte zu unterschiedlichen Vereinstraditionen⁷⁸⁾.

Als weiteres spezifisches Beispiel kann die Hauptstadt Budapest gelten. In mehreren Bezirken, die großteils mit den Wahlbezirken übereinstimmten, konstituierten sich die üblichen Unabhängigkeitsorganisationen; die Anhänger des Ausgleichs vereinigten sich demgegenüber nicht in Vereinen, sondern in Klubs⁷⁹⁾. Über diese äußerte sich ein Zeitgenosse folgendermaßen: „... trotz allem sind eigentlich auch die Bezirksklubs eher ständige Wahlversammlungen als ständige Klubs: in diesen Vereinen werden von Wahl zu Wahl die städtischen und politischen Parteien und Kandidaten in Evidenz gehalten...“⁸⁰⁾. Diese Äußerung ist jedoch überzeichnet. Allgemein war die Tätigkeit der Klubs, Vereine und Kasinos auf die Zerstreung und Unterhaltung ihrer Mitglieder ausgerichtet, ihr Alltag wurde von den unterschiedlichsten Gesellschaftsspielen und Aktivitäten geprägt⁸¹⁾. Allerdings ist eine Politisierung der Klubs des hauptstädtischen Bürgertums vor und während der Wahlen festzustellen, und auch während der Zeit zwischen den Wahlen waren sie Zentren stadtpolitischer Agitation. An ihrer Spitze stand je ein an einen amerikanischen „Boss“ erinnernder „Stammeshäuptling“, der über die Person des zu wählenden Abgeordneten entschied; in der Innenstadt bildete z. B. der „Belvárosi polgári kör“ [Innerstädtischer Bürgerverein] die Basis der „Liberalen Partei“, während sich aus dem „Saskör“ [Adlerverein] die Basis der Opposition rekrutierte⁸²⁾.

⁷⁸⁾ DERS., A mezővárosi olvasóköri körök a századfordulón [Lesekreise in den Marktflecken zur Jahrhundertwende] (=Szegedi Tanárképző Főiskola Tudományos Közleményei, Szeged 1975).

⁷⁹⁾ In ihrem Statut werden z. B. als Zielsetzungen formuliert: „... einen Vereinigungspunkt zu bilden, wo sich die Bürger des VII. Bezirks der Hauptstadt möglichst oft treffen können, um die Interessen der Hauptstadt, besonders die des VII. Bezirks, auf politischer und gesellschaftlicher Ebene zu fördern.“

⁸⁰⁾ KÁROLY VÖRÖS, Három vázlat Budapest társadalomtörténetéből a dualizmus korában [Drei Skizzen aus der Gesellschaftsgeschichte von Budapest im Zeitalter des Dualismus] (=Tanulmányok Budapest Multjából 24, Budapest 1991) 37.

⁸¹⁾ KLUBÉLET BUDAPESTEN [Klubleben in Budapest]; in: *Az Ujság* vom 25. Dezember 1913, 132 f.

⁸²⁾ KÁROLY VÖRÖS, A fővárostól a székesfővárosig [Von der Hauptstadt bis zur Haupt- und Residenzstadt]; in: DERS. (Hg.), Budapest története a márciusi forradalomtól az őszirózsás forradalomig [Die Geschichte von Budapest von der Märzrevolution bis zur Astern-Revolution] (Budapest 1978) 463.

Im Vereinssystem läßt sich offenbar ein Entwicklungsstrang feststellen, der bis in die Periode vor 1867 zurückreicht, als politische Vereine verboten und durch andere Organisationen substituiert werden mußten. Die Vorbehalte der Regierung gingen damals so weit, daß 1855 etwa die Zahl der Pester Beerdigungsvereine als zu hoch angesehen wurde, weil sie „die behördliche Kontrolle erschwert“⁸³). Immer wieder tauchte der – nicht unbegründete – Verdacht auf, daß vorgeblich gemeinnützige Vereine „politisieren“⁸⁴).

Während der kurzen „verfassungsmäßigen“ Periode zwischen 1860 und 1861 finden sich zahlreiche Beispiele für die Praxis, politische Tätigkeiten in den Rahmen eines offiziell zu anderen Zwecken gebildeten Vereins einzubetten. Unter diesen spielen die „Gazdasági Egyesületek“ [Landwirtschaftsvereine] eine sehr wichtige Rolle. Ihre Konferenzen werden oft zu politischen Versammlungen⁸⁵), weshalb ihre Statuten oft nicht genehmigt und ihre Zusammenkünfte mit Waffengewalt aufgelöst wurden⁸⁶). Die bereits erwähnten Honvédvereine waren als Protoparteien in vielen Orten bei der Vorbereitung lokaler Wahlen tätig⁸⁷).

Das Schicksal des als Ursprung der ungarischen Parteienlandschaft vor 1848 zu betrachtenden „Nemzeti Kör“ [Nationalverein]⁸⁸) nach 1860 ist zugleich ein typisches und ein spezifisches Beispiel; ein spezifisches, weil es sich um einen Landes- und nicht um einen lokalen Verein handelt; ein typisches, weil er gerade 1860/61 über eine hohe Mitgliederzahl verfügte, politische Versammlungen organisierte und somit eine grundsätzlich politische Funktion ausübte, die seine ursprünglichen Zielsetzungen in den Hintergrund drängte. In den siebziger Jahren ist ein Mitgliederrückgang zu konstatieren, und der „Nemzeti Kör“ wandelt sich in einen kulturellen Verein ohne politische Ambition⁸⁹). Bei seiner Mitte der achtziger Jahre erfolgten Auflösung spielte auch seine endgültig obsolet gewordene politische Funktion als „Stellvertreter“-Organ eine Rolle.

⁸³) OSZKÁR SASHEGYI (Hg.), *Munkások és parasztok mozgalmai magyarországon 1849–1867* [Arbeiter- und Bauernbewegungen in Ungarn 1849–1867] (Budapest 1959) 185.

⁸⁴) Vgl. EBD. 379.

⁸⁵) SZABAD, *Válaszútján* [Scheideweg] 162 f.

⁸⁶) EBD. 35.

⁸⁷) EBD. 182, 214 f. Zur Entfaltung der Organisation von Honvédvereinen siehe noch: EBD. 279, 281, 528 f.

⁸⁸) BÉLA DEZSÉNYI, *A nemzeti kör a negyvenes évek irodalmi mozgalmában* [Der Nationalverein in den literarischen Bewegungen der vierziger Jahre]; in: *Irodalomtörténeti Közlemények* 57 (1953) 163–204.

⁸⁹) Die anfängliche Zweckbestimmung hatte gelautet, „... fördert und organisiert die gebildeten Vergnügen der Geselligkeit und daneben, mit Rücksicht auf die patriotischen Ansprüche der Zeit, befördert, was schön, gut und nützlich ist“. Später las sich dies folgendermaßen: „Die zur Würzung der Geselligkeit und zur ungarischen gastfreundlichen Bewirtung von verdienstvollen Patrioten oder zu jedweden anderen Ziel zu gebenden Festessen, Soireen, Musikunterhaltungen werden vom Ausschuß veranstaltet.“ Der Verein verfügte über eine Bibliothek, einen Spielsaal, ein Restaurant. Ein Großteil der Einkommen bestand aus Spielgeldern. *A NEMZETI KÖR ÉVKÖNYVE 1860–61-re* [Jahrbuch des Nationalvereins für 1860/1861] (Pest 1862); EBD., 1877–1878 évöl [Jahrbuch des Nationalvereins von 1877/1878] Budapest 1878).

Doch nicht alle derartigen Vereine gehen diesen Weg. Die Mehrzahl jener Vereine, die unmittelbar an kein politisches Lager gebunden sind, bleibt erhalten. An erster Stelle müssen hier die „Kasinos“, die geselligen Organisationen der lokalen Eliten, genannt werden. In ihrem Rahmen läuft der Großteil der täglichen politischen Diskussion ab. Formal waren sie, wie erwähnt, an keine Partei gebunden, doch konnten auch sie größere politische Umschwünge nicht aus ihren Räumlichkeiten verbannen.

Als Beispiele sollen hier das „Nemzeti“- [National-] und das „Országos Kaszinó“ [Landeskasino] vorgeführt werden. Ersteres wurde 1827 gegründet, um der zeitgenössischen Elite ein gesellschaftliches Zentrum und ein politisches Forum zu bieten. Die immer größer werdende Zahl der Elitenmitglieder und auch die Tatsache, daß der Magnatencharakter des „Nemzeti Kaszinó“ viele Mitglieder verdrängte, führten im Jahr 1883 zur Gründung des „Országos Kaszinó“. Zwar sollte der gesellschaftliche Aspekt dieser Vereinigungen nicht durch die Politik bestimmt werden, doch wurde dieses Ziel nicht immer erreicht. In Zeiten, in denen sich die Politik emotionalisierte, deklarierten sich auch in den Kasinos die unterschiedlichen politischen Flügel; die Parteistellungen spiegelten sich auch in den Vereinen. So gilt das „Nemzeti Kaszinó“ als Zentrum erst der von Apponyi geführten „Nationalpartei“, später der unter Gyula Andrássy aus der „Liberalen Partei“ ausgetretenen Gruppe, was sich im Ausdruck „Kasinopartei“ in der ungarischen Publizistik manifestiert⁹⁰). Die politische Zerrissenheit des „Landes- (oder Gentry-)kasinos“ zeigt sich auch während der Krise von 1904/1906, als überlegt wurde, einzelne Mitglieder aus politischen Gründen nicht nur aus dem Vorstand sondern aus dem Kasino selbst zu entfernen⁹¹).

Einen besonderen ungarischen Vereinstyp bilden die bereits erwähnten nationalen, magyarisierenden Organisationen. Ihre politischen Ambitionen verlaufen nicht entlang der parteipolitischen Frontlinien, sondern basieren auf einem von den Parteien des Abgeordnetenhauses mehr oder weniger einheitlich behandelten Problem: der Nationalitätenfrage. Zwei grundsätzliche Typen dieser Organisationen können ausgemacht werden. Der eine Typus sind jene Bildungsvereine, die sich größtenteils in jenen Gebieten Ungarns konstituierten, in welchen die Magyaren in der Minderheit waren. Ihre Zielsetzung spiegelt sich in ihren Namen: „Magyar Nyelvet és Népmívelést Terjesztő Megyei Egylet“ [Komitatsverein zur Verbreitung des Ungartums und der Volksaufklärung], „Magyar Nyelvet Terjesztő Temesvári Egylet“ [Verein zur Verbreitung der ungarischen Sprache in Temeschburg] usw. Diese Vereine entstanden z. T. als Antwort auf entsprechende nationale Organisationen der nichtmagyarischen Minderheiten;

⁹⁰) Vgl. JÓZSEF KRISTÓFFY, Magyarország kálváriája. Az összeomlás útja. Politikai emlékek 1890–1926 [Ungarns Leidensweg. Der Weg in den Zusammenbruch. Politische Erinnerungen 1890–1926] (Budapest 1927) 36.

⁹¹) Vgl. MIHÁLY ILK, A nemzeti kaszinó százéves története 1827–1926 [Die hundertjährige Geschichte des Nationalkasinos 1827–1926] (Budapest 1927); LAJOS HALÁSZ, Az Országos Kaszinó ötvenéves története 1883–1932 [Die fünfzigjährige Geschichte des Landeskasinos 1883–1932] (Budapest 1932).

etwa auf Schulvereine oder auf nationale Finanzinstitute⁹²⁾. Ziel anderer Vereine wiederum war die Stärkung des Nationalbewußtseins und die Hebung des Kultur-niveaus der nicht innerhalb des geschlossenen ungarischen Siedlungsgebietes lebenden ungarischen Minderheiten, z.B. der „Tschangoverein“ oder der „Szekler Bildungs- und Volkswirtschaftsverein“⁹³⁾.

Der andere Typus ist durch große Dachorganisationen, die lokale Filialen gründen, charakterisiert. Die größten unter ihnen sind der „Délvidéki Magyar Közművelődési Egyesület“ [DEMKE, Magyarischer Kulturverein Südungarns], der „Felvidéki Magyar Közművelődési Egyesület“ [FEMKE, Magyarischer Kulturverein Oberungarns] und der „Erdélyi-részi Magyar Közművelődési Egyesület“ [EMKE, Magyarische Kulturverein Siebenbürgens]. Alle sind Produkte der Periode Kálmán Tisza und konstituierten sich in den achtziger Jahren. Der bedeutendste von ihnen war jener von Siebenbürgen. In seinem Rahmen wurden die meisten regionalen Ausschüsse, nämlich 31, und die meisten Filialvereine, 53 an der Zahl, gegründet. Nur wenige dieser Organisationen können als selbständige, über ein Statut verfügende, zur Geselligkeit Möglichkeiten bietende Vereine angesehen werden. Die meisten basierten auf dem Statut des Zentralvereins und fungierten als lokale Sektionen⁹⁴⁾. Zoltán Szász beschrieb die Tätigkeit des EMKE folgendermaßen: „Die ganze Geschichte der Organisation EMKE wurde von dem für das Zeitalter charakteristischen Widerspruch vom schwungvollen phrasenvollen Patriotismus auf der einen und den auf den Realitäten basierenden bescheidenen Taten auf der anderen Seite beherrscht.“⁹⁵⁾ Die Tätigkeit des EMKE beschränkte sich auf die Gründung und Unterstützung von Schulen, Volksbibliotheken und Kindergärten. Die EMKE-Führer, gerade ebenso wie die Gründer der bereits erwähnten individuellen Bildungsvereine, sahen ihre wichtigste Aufgabe einerseits in der Magyarisierung der nicht-magyarischen Bevölkerung, andererseits in der Verbesserung der Situation sowie der Stärkung des „Ungartums“ der nicht im geschlossenen magyarischen Siedlungsgebiet lebenden Ungarn. Dementsprechend unterstützten sie alle auf diese Ziele ausgerichteten Tätigkeiten

⁹²⁾ Beispielsweise entstand der „Felvidéki Hazafias Pénztézetek Szövetsége“ [Bund der Patriotischen Bankanstalten Oberungarns] als Antwort auf die Finanzanstalten der Nationalitäten. Er war nicht zu erfolgreich, im März 1906 wurde er aufgelöst, seine einzige Leistung war die Gründung der Kreditbank in Turóc, „von welcher Bankanstalt erwartet wurde, die Tätigkeit der Nationalitätenbanken zu kompensieren“; in: *Magyar Hírlap* vom 1. März 1906 17. Zur Beziehung von Nationalitätenbanken und Großpolitik im allgemeinen siehe ZOLTÁN SZÁSZ, A magyar kormány terve a nemzetiségi pénztézetek állami ellenőrzésére 1902–1904 [Pläne der ungarischen Regierung zur staatlichen Kontrolle der Bankanstalten der Nationalitäten 1902–1904]; in: Századok 100 (1966) 118–137.

⁹³⁾ Vgl. KÁROLY GERLÓCZY, A magyarországi közművelődési egyesületek élete [Leben der Bildungsvereine in Ungarn] (Budapest 1887).

⁹⁴⁾ Vgl. JÓZSEF SÁNDOR, Az E.M.K.E. megalapítása és negyedszázados működése 1885–1910 [Gründung und 25 Jahre lange Tätigkeit des E.M.K.E. 1885–1910] (Kolozsvár 1910).

⁹⁵⁾ BÉLA KÖPECZI U. A., (Hgg.), Erdély története [Die Geschichte Siebenbürgens], 3 Bde. (Budapest 1986), hier III 1638.

und jeden staatlichen bzw. legislativen Schritt in diese Richtung⁹⁶⁾. Gerade diese Maßnahmen – staatliche Schulgründungen, staatliche Kontrolle der kirchlichen Schulen, Schulunterricht in ungarischer Sprache – übten einen größeren Assimilationsdruck auf die nicht-magyarische Bevölkerung aus als es die direkten Aktivitäten der Vereine vermocht hätten. Gleichzeitig boten diese aber der nationalen Ideologie gute Möglichkeiten zur Manifestation der nationalen Gefühle und Vorurteile.

7. *Interessenvertretung und Politik*

Die neunziger Jahre brachten grundlegende Änderungen für das ungarische politische Leben. „Pressure groups“ gewannen neben den politischen Parteien immer größere Bedeutung. Bei dieser Entwicklung spielt die Teilung des parteipolitischen Lebens in Befürworter und Ablehner des Ausgleichs eine wichtige Rolle. Zur Interessensvertretung einzelner Gesellschaftsgruppen, zur konsequenten Durchsetzung einzelner Ideologien waren die Landtagsparteien nicht geeignet. Die „pressure groups“ hingegen standen über oder hinter den Parteien. Sie versuchten, ihre politischen Zielsetzungen über beinahe jede Landtagspartei zur Geltung zu bringen. In dieser Politik der „pressure groups“ rückte neben dem staatsrechtlichen Problem ein anderer Gegensatz in den Vordergrund: der Widerspruch zwischen den sogenannten Agrariern und den Merkantilisten, d. h. zwischen den landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetrieben und den Industrie- und Handelskapitalisten.

Von den vor 1848 gegründeten standesspezifischen Vereinen behielt nur der in der Mitte der dreißiger Jahre ins Leben gerufene „Országos Magyar Gazdasági Egyesület“ [OMGE, Landesverband der Ungarischen Landwirtschaft], die Interessenvertretung der Großgrundbesitzer, seine Bedeutung. Seine Komitatsorganisationen waren selbständige Vereine und wurden von den Behörden bei der Erstellung von einschlägigen Gutachten und Expertisen herangezogen. Der „Landwirtschaftsverband“ konnte seine Position als politisch gewichtige Organisation bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs bewahren. In den neunziger Jahren verstärkte sich unter den Großgrundbesitzern das bereits erwähnte neokonservative, in vielerlei Hinsicht einen korporativen Staat anstrebende Lager, das sich 1896 im „Magyar Gazdaszövetség“ [Ungarischer Landwirtebund] organisierte. Der „Landwirtebund“, dessen Gründung zeitlich mit einer Landtagswahl zusammenfiel, versuchte mehrfach, ein selbständiges politisches Programm zu veröffentlichen und war bestrebt, vor allem innerhalb der Regierungspartei eine selbständige Fraktion zu bilden. Eine unabhängige Agrarierpartei kam allerdings nie zustande; nach Möglichkeit wurde versucht, aus beiden staatsrechtlichen Lagern und aus jeder bedeutenden Landtagspartei Anhänger zu werben.

Der „Landwirtebund“ unterstützte vor allem die Gründung von landwirtschaftlichen Vereinen, um die Verbreitung neuer landwirtschaftlicher Technolo-

⁹⁶⁾ EBD. 1638 ff.

gien zu fördern⁹⁷). Um 1914 waren im ganzen Land 350 solcher Vereine tätig. Grundsätzlich eher praktisch ausgerichtet, besaß die gesamte Bewegung gesellschaftsorganisierenden Charakter. Die maßgeblichen Persönlichkeiten des „Ungarischen Landwirtebundes“ wollten die einzelnen lokalen Organisationen nicht nur zur Unterstützung ihrer Abgeordnetenkandidaten mobilisieren, sondern sie betrachteten sie auch als Grundeinheiten einer zukünftigen Gesellschaft⁹⁸).

Ein großes Organisationsnetz der Agrarier bilden tatsächlich die in den Statuten der landwirtschaftlichen Vereine vorgesehenen Genossenschaften. Diese existierten in Ungarn bereits vor dem Ende der neunziger Jahre. Sie waren jedoch nicht durch gemeinsame Ziele vereint und bildeten so auch kein einheitliches Netzwerk⁹⁹). Um das Jahr 1900 etablierten sich gleichzeitig drei Bewegungen: die vom „Ungarischen Landwirtebund“ ins Leben gerufene Konsumgenossenschaft „Hangya“ [Ameise]¹⁰⁰), die auf der Grundlage des Gesetzartikels XXIII/1898 staatlich gegründete „Országos Központi Hitelszövetkezet“ [Zentrale Landeskreditgenossenschaft], die faktisch jedoch auch unter der Leitung des „Ungarischen Landwirtebundes“ stand, sowie die von der katholischen „Volkspartei“ angeregte und gelenkte christlich-katholische Genossenschaftsbewegung, die 1899 unter der Leitung des „Zentrums der Christlichen Genossenschaften“ organisiert wurde. Alle drei Bewegungen entwickelten sich dynamisch: 1901 hatten „Hangya“ und das „Zentrum der Christlichen Genossenschaften“ je 171, die „Zentrale Landeskreditgenossenschaft“ bereits 1287 Mitglieder. 1914 gehörten zu „Hangya“ 1276, zu den christlichen Genossenschaften 344 und zur „Landeskreditgenossenschaft“ 2462 Genossenschaften¹⁰¹).

Während der Verlust an politischem Gewicht, den der Großgrundbesitz hinnehmen mußte, in der Gründung der Agrarier-Standesvertretung mündete, reagierten die „merkantilen“ „preassur groups“ auf diese Entwicklung 1902 mit der Gründung des „Gyáripárosok Országos Szövetsége“ (GYOSZ, Landesverband der Industriellen)¹⁰²) und 1904 mit der Bildung des „Országos Magyar Kereskedelmi Egyesület“ (OMKE, Landesverband des Ungarischen Handels]. Im Gegen-

⁹⁷) Vgl. FÖLDI, Nógrád egyesületek [Vereine in Nógrád] 11.

⁹⁸) Vgl. MIKLÓS SZABÓ, Új vonások a századforduló magyar konservatív politikai gondolkodásában [Neue Züge im ungarischen konservativen politischen Denken um die Jahrhundertwende]; in: DERS., Politikai kultúra Magyarországon 1896–1986 [Politische Kultur in Ungarn 1896–1986] (Budapest 1989) 109–176.

⁹⁹) VILMOS HEGEDÜS, Polgári szövetkezeti mozgalom Magyarországon 1867–1918 [Bürgerliche Genossenschaftsbewegung in Ungarn 1867–1918], 2 Bde. (Budapest 1962).

¹⁰⁰) Vgl. A „HANGYA“ termelő-, értékesítő és fogyasztási szövetkezet, a magyar gazdaszövetség szövetkezeti központja első 25 éve [Die ersten 25 Jahre der „Ameise“, Produktverwertungs- und Konsumgenossenschaft, des Genossenschaftszentrums des Ungarischen Landwirtebundes] (Budapest 1923).

¹⁰¹) Zu 1901 siehe die Angaben im *Kompasz*, zu 1914 KÁROLY SCHANDL (Hg.), A magyar szövetkezés negyven éve [Vierzig Jahre ungarische Genossenschaften] (Budapest 1938) Beiheft A „Hangya“ 228.

¹⁰²) Vgl. GEORGE DEÁK, The Economy and Policy in Early Twentieth Century Hungary: The Role of the National Association of Industrialists (New York 1990).

satz zu den Agrariern bildeten diese Organisationen keine vernetzten Filialen aus. Der GYOSZ hatte, dem OMGE ähnlich, Komitatsorganisationen unter sich, die bei der Vertretung lokaler industrieller Interessen eine wichtige Rolle spielten. Die lokalen Organisationen des OMKE waren Vereine, deren Mitglieder primär städtische Händler waren. Diese waren häufig in der einen oder anderen Form mit den offiziellen oder inoffiziellen Organisationen der „Bürgerlich-Demokratischen Partei“, in einigen Orten auch mit jenen der „Liberalen Partei“ verbunden¹⁰³). Die politische Rolle der „pressure groups“ zeigte sich vor allem in ihren Aufrufen, der von ihnen verfaßten Fachliteratur und über ihr nahestehende Landtagsabgeordnete.

Die diversen Interessensorganisationen begannen, teils über Stellungnahmen zu staatsrechtlichen Problemen, sich vermehrt mit Politik zu beschäftigen. Die Vertreter des Großgrundbesitzes, der Industrie und des Handels äußerten sich zu für sie relevanten Fragen wie etwa der Zolltrennung oder der Gründung einer selbständigen ungarischen Nationalbank, um ihren eigenen Interessen mehr Nachdruck zu verleihen.

Die Parteipolitik hatte jedoch auch Auswirkungen auf die internen Abläufe der Interessensvertretungen, so beispielsweise bei der 1909 abgehaltenen Präsidentenwahl der OMGE. Zwei Kandidaten standen zur Auswahl: auf der einen Seite der konservative Graf Róbert Zelensky, der von den Anhängern der ehemaligen „Liberalen Partei“, unter ihnen besonders von István Tisza, unterstützt wurde, und auf der anderen Seite der der „Unabhängigkeitspartei“ nahe stehende Graf Mihály Károlyi, der von den regierenden Koalitionsparteien unterstützt wurde und maßgeblich von seinem neokonservativen Onkel beeinflusst war. Anlässlich der Wahl versuchten die Anhänger der aufgelösten „Liberalen Partei“, ihren Widerstand gegen die Koalition zu manifestieren. Dieser Zusammenstoß war gleichzeitig auch die Vorbereitung für den politischen Wechsel, für dessen Gelingen der Besitz von Schlüsselposition wesentlich war. Als Sieger ging schließlich der Kandidat der Regierungspartei Károlyi aus der Wahl hervor; das Zusammenwirken der konservativen Politiker aus verschiedenen Lagern wurde später verwirklicht¹⁰⁴).

[Das Manuskript wurde 1991 abgeschlossen.]

¹⁰³) Der „Landesverband des Ungarischen Handels“ hatte 1916 beinahe 14.000 Mitglieder und 60 Bezirksorganisationen.

¹⁰⁴) Vgl. TIBOR HAJDU, Károlyi Mihály (Budapest 1978) 62–69.